

EVANGELISCHE
MONATSHEFTE
ZUR
GESELLSCHAFTSPOLITIK

4. JAHRGANG
NOVEMBER 1955

Die 8 Mit- arbeit

Klaus von Bismarck

Christen in der Entscheidung

Mit dem nachfolgenden Artikel veröffentlichen wir ein Referat, das der Autor unmittelbar vor der Gründung der „Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ im Hessischen Rundfunk gehalten hat. Der Beitrag bleibt dennoch aktuell, weil es sich hier um die Klärung von Grundsatzfragen zu dem Problem „Christliche Gewerkschaften oder nicht?“ handelt.

Zum Thema „Christliche Gewerkschaften oder Christen in der Gewerkschaft“ ist auf der Bühne offizieller Gespräche und Veranstaltungen in den letzten Jahren von Kirche und Gewerkschaft einiges ausgesagt worden. Erklärungen, die zu Recht auf ein neues Verständnis beider Bereiche füreinander hindeuteten, wechselten mit Äußerungen polemischen Charakters, je nachdem aus welcher politischen oder konfessionellen Ecke die Aussage kam. Hinter den Kulissen wurde gleichzeitig das Gespräch zeitweilig noch sehr viel heftiger geführt.

Worum geht es bei dieser Debatte? Allein aus der Tatsache, daß vor 1933 Richtungsgewerkschaften bestanden und nach 1945 völlig neuartig eine Einheitsgewerkschaft in Westdeutschland begründet wurde, ist erklärlich, warum die Erörterung über die Zweckmäßigkeit dieser neuen Lösung nicht verstummte. Vor allem waren es Äußerungen aus dem christlichen — und hier vor allem aus dem katholischen — Raum, die der neuen Einheitslösung Vorbehalte entgegenbrachten. Es liegt nahe, daß vor allem solche Persönlichkeiten der Wiedereinführung von Richtungsgewerkschaften das Wort redeten, die als Angehörige der alten christlichen Gewerkschaft von der Tradition und Denkweise dieser Gruppen geprägt waren und es heute noch sind.

Es gab aber auch aus dem Hintergrunde einige Stimmen aus dem sozialistischen Lager innerhalb der neuen Einheitsgewerkschaft. Diese vertraten die Erwägung, man sei doch viel ungebundener in einer Gewerkschaft, die nicht ständig auf einen schwachen christlichen Flügel Rücksicht nehmen müsse.

Bei einer Skizze der diese Auseinandersetzung kennzeichnenden Spannung taucht also die Gegenüberstellung „hie christlich — dort sozialistisch“ wieder

mehr oder weniger deutlich auf. Ich verhehle nicht, daß ich diese Antithese angesichts vieler wichtiger Wandlungsvorgänge im christlichen Bereich und dem des freiheitlichen Sozialismus für restauriert erachte.

Im zeitlichen Ablauf wurde die Debatte hinter den Kulissen durch den Ausgang der Wahl vom 6. September 1953 neu belebt: Einige Kräfte in der erstarkten CDU-Koalition hielten den Augenblick für gekommen, der SPD durch Sprengung der gewerkschaftlichen Einheit die Möglichkeit zu nehmen, den nach ihrer Auffassung nur angeblich parteipolitisch neutralen DGB zum flankierenden Einsatz im Sinne der Opposition zu mißbrauchen.

Interessant war, daß im Sinne dieser Kritik von den politischen Gruppen her argumentiert wurde, im DGB sei immer wieder die satzungsgemäß garantierte weltanschauliche Neutralität verletzt worden. Von den konfessionellen Arbeitnehmer-Vereinigungen, also z. B. der katholischen Arbeiterbewegung und den evangelischen Arbeitervereinen, wurde jedoch im allgemeinen die Verletzung der parteipolitischen Neutralität in den Vordergrund geschoben.

Zu diesen Vorwürfen ist zu bemerken:

1. Die Einflußnahme des DGB auf das sozialpolitische Programm der SPD scheint mir nach wie vor gewichtiger als eine umgekehrte Einwirkung.
2. Die Nachprüfung zahlreicher Beschwerde-Fälle hat erwiesen, daß greifbare Verletzungen weltanschaulicher Neutralität äußerst selten waren. Dagegen hat es einige Verstöße gegen die parteipolitische Neutralität gegeben. Sie sind erklärt, aber nicht entschuldigt durch die historische Parallel-Entwicklung der sozialistischen und der Gewerkschaftsbewegung.

Man hat dann in offizielleren Verlautbarungen seitens der oppositionellen christlichen Kräfte, unter denen die katholischen wiederum überwogen, allerlei Reform-Forderungen an den DGB gestellt. Nach meiner Auffassung wurde aber berechtigte Kritik häufig in so unglücklicher Form vorgebracht, daß man sie leicht abtun konnte.

Es ist nicht verwunderlich, wenn man über Westdeutschland hinaus — nicht nur in Holland, wo vor allem die Katholiken geschlossen am Prinzip christlicher Gewerkschaften festhalten — diese Auseinandersetzung äußerst interessiert verfolgt. Auch die Ostzonen-Presse hat natürlich keine Gelegenheit versäumt, die „christlichen Spalter“ zu brandmarken und die Notwendigkeit zu betonen, die Arbeitnehmerschaft als mächtigen politischen Block zusammenzuhalten.

Wie steht es aber nun heute in der Tat? Das heißt, wie stark sind die christlichen Gruppen in Westdeutschland, die aus unterschiedlichen Motiven an dem Plan festhalten, bei der nächsten günstigen Gelegenheit eine christliche Gewerkschaft zu begründen? Im Bereich der evangelischen Kirche erachtet ein weit überwiegender Prozentsatz der Arbeitnehmer, der maßgeblichen Persönlichkeiten und Gruppen die Bildung christlicher Gewerkschaften aus grundsätzlichen und praktischen Gründen für unglücklich — und zwar völlig unabhängig von einer mehr oder weniger heftigen Kritik an der Einheitsgewerkschaft. Ich bin der Auffassung, daß sich nur ein ganz geringer Anteil der evangelischen Arbeitnehmer im Fall einer Gründung zu christlichen Gewerkschaften bekennen würde.

Im Bereich der katholischen Kirche sieht die Relation anders aus. Die hier viel naheliegendere und auch legitimere Antithese „christlich-sozialistisch“ erklärt, warum unter katholisch organisierten Arbeitnehmern und auch im Bereich der geistlichen und politischen Führungskräfte die Tendenz zur Wiedereinführung

der Richtungsgewerkschaften stärker ist. Aber es gibt gewichtige Gegenkräfte im katholischen Raum. Eine weise Führung des DGB und der einzelnen Industrie-Gewerkschaften hätte es nach meiner Auffassung sehr weitgehend in der Hand, darauf einzuwirken, ob die Tendenz für oder gegen die Begründung christlicher Gewerkschaften im katholischen Raum zunimmt.

Bei dieser Kräfte-Skizze ist noch nicht erwähnt, aber natürlich äußerst bedeutsam, welche politischen und finanziellen Kräfte bereit wären oder sind, einer solchen Neubegründung Hilfestellung zu geben. Das Ausmaß solcher Einwirkung ist schwer abzuschätzen, aber vermutlich entscheidend. Hier wirkt sich natürlich die politische Gesamtsituation aus, d. h. die Entwicklung des Verhältnisses CDU/SPD wie das Verhältnis der Sozialpartner.

Es wäre jedoch — jedenfalls für den Christen — abwegig, die Fragestellung „Christliche Gewerkschaften“ nur taktisch anzugehen. Es gilt vielmehr in tieferen Schichten die Motive zu ergründen: Gibt es für den Christen — in diesem Fall für den evangelischen Christen — in der Gewerkschaft überhaupt so etwas wie reine Sachfragen? Er wird doch all die praktischen Auseinandersetzungen über Tarife, solche über soziale Sicherheit, Arbeitsrecht usw. auf der Basis seiner Anschauung vom Menschen ansehen! Er wird über Fortschritt und Gewalt, über die Erwartungen, die man an eine Steigerung des Lebensstandards knüpfen kann, anders denken als einer, der an alle diese Fragen nur rationell oder biologisch herangeht. Eine gewisse Spannung und Andersartigkeit zwischen Christen und Nichtchristen ist also auch im gewerkschaftlichen Bereich gegeben und legitim. Daraus resultieren gewisse Schwierigkeiten und — da es sich um Menschen handelt — wohl auch Mißgriffe auf beiden Seiten.

Nach meiner Auffassung liefert die Tatsache gewisser Mißhelligkeiten jedoch noch keinen ausreichenden Beweggrund für Richtungsgewerkschaften. Vielmehr ist nach dem Ausmaß solcher Mißhelligkeiten zu fragen und vor allem danach, wie weit sie „passierten“ oder unter fahrlässiger oder gar absichtlicher Nichtachtung der unterschiedlichen Überzeugung zugelassen wurden.

Es muß heute bei einer Erörterung der Beweggründe beachtet werden, daß die Fronten der Auseinandersetzung unter den Sozialpartnern im Begriff sind, sich zu versteifen. Die gewerkschaftlichen Angriffe gegen eine betriebliche Sozialpolitik, die von der unternehmerischen Hoffnung getrieben wird, den gewerkschaftlichen Einfluß im Betrieb zurückzudrängen, werden deutlich heftiger. Umgekehrt hat sich auch die Polemik gegen die Gewerkschaften als einem Staate, gegen parteipolitische Infektion und überbetriebliche Mächtigkeit verschärft.

Ich halte eine sachliche Kritik an den Industrie-Gewerkschaften, die in der Tat hie und dort in Versuchung stehen, ihre mächtige Position politisch zu mißbrauchen bzw. ein Interessen-Verband hauptamtlicher Funktionäre zu werden, für nötig und gerechtfertigt. Das stark angewachsene Interesse für die innerbetriebliche Zusammenarbeit kann jedoch die Christen verleiten, die notwendige überbetriebliche Funktion der Gewerkschaften als eine lästige Störung anzusehen. Davon sollten wir uns hüten!

Beim Blick auf die Motive, die bei Erwägung christlicher Gewerkschaften im Spiel sind, ist für die evangelischen Christen noch folgender psychologischer Tatbestand wichtig: In vielen Industriebetrieben gibt es organisierte sozialistische und katholische Betriebsgruppen. Letztere decken sich politisch erklärlicherweise meist mit der Haltung der Regierungskoalition. Im Vergleich mit diesen Richtungsgruppen liegt es für evangelische Christen nahe, daß sie sich

ein wenig isoliert vorkommen. Man wünscht sich eine blaue „Burg“ als Rückhalt, wenn man beobachtet, daß andere von einer roten oder schwarzen „Burg“ gestärkt werden.

Ich halte diesen Wunsch für abwegig und bin immer dafür eingetreten, daß sich evangelische Christen, bei allem Verständnis für ihr Bedürfnis nach brüderlichem Kontakt, der Versuchung enthalten, sich einzuigeln. Wir dürfen der Schwierigkeit nicht ausweichen, unseren evangelischen Weg einer brüderlichen Kooperation mit den Katholiken ebenso zu finden, wie der Gefahr zu entgehen, uns für eine „christliche Betriebspolitik“ mit antisozialistischem Affekt eingemeinden zu lassen. Die von der SPD bis zu den Rechtsparteien reichende politische Spannweite der evangelischen Gemeindeglieder erklärt diese Unterschiedlichkeit gegenüber der katholischen Kirche.

Wenn ich nunmehr von der Fragestellung „christliche Gewerkschaften“ oder „organisierte christliche Betriebsgruppen“ Abstand nehme, um mich der Stellung und Aufgabestellung der einzelnen Christen innerhalb der gegebenen Gewerkschaften zuzuwenden, so ist folgende Kritik an den evangelischen Christen nach meiner Auffassung berechtigt:

Der Ansatz der evangelischen Christen sei häufig allzu einseitig volksmissionarisch, d. h. man interessiere sich wohl für das Seelenheil der Brüder, aber unzureichend für die sozialpolitischen Aufgaben der Arbeitnehmer-Solidarität.

Diese im evangelischen Raum gegebene Schwäche ist aber von den leitenden Persönlichkeiten klar erkannt. Die Espelkamper Synode erwies, daß man dabei ist, diese Schwäche auszugleichen.

Wie geschieht das?

Wenn die evangelische Kirche in ihren Häusern bemüht ist, ihre im DGB mitwirkenden Glieder durch eine die Schulung des DGB ergänzende sozialetische Besinnung zu stärken und zuzurüsten, so ist zu fragen: Wieweit gibt die Gewerkschaft solcher Bildungsarbeit der Kirche Raum? Das wird auch von solchen, die grundsätzlich die Einheit der Gewerkschaften bejahen, sehr unterschiedlich beurteilt. Die Offenheit der einzelnen Industrie-Gewerkschaften für kirchliche Bildungsarbeit ist recht unterschiedlich. Viele befürchten Fraktionsbildungen in der Gewerkschaft, wie es sie in Österreich gibt.

Im Bereich einer sinnvollen Zusammenarbeit zwischen fachlicher Gewerkschaftsschulung und kirchlicher Bildungsarbeit stehen erfreuliche Beispiele neben solchen, die beiderseits die Furcht vor unerfreulichen Grenzüberschreitungen begründen.

Ich halte mit Prof. v. Nell-Breuning dafür, daß sich eine Gewerkschaft, der „die einheitliche Zusammenfassung der gesamten Arbeitnehmerschaft ein zentrales Anliegen ist, mit der Tatsache abfinden muß, daß innerhalb des Mitgliederkreises tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über Fragen weltanschaulicher, politischer und kultureller Art bestehen. Sie kann infolgedessen in ihrer Schulungsarbeit nur solche Fragen in Angriff nehmen, bei denen sie nicht in Gefahr kommt, die Überzeugung des einen oder anderen Teils ihrer Mitglieder zu überfahren. Sobald man auf Fragen des Kulturbereiches eingeht, wird man Schwierigkeiten nicht anders entgegen können, als durch eine freiwillige Selbstbeschränkung“. Diese These kann ich nur unterstreichen.

Die Kirchen sollten sich ihrerseits nach meiner Auffassung davor hüten, in die gewerkschaftliche Sozialpolitik ungebührlich hineinzureden. Sie können die ihr angehörenden Gewerkschaftsmitglieder nur dadurch auf ihre christliche Verant-

wortung anreden und stärken, daß sie ohne parteipolitische Infektion mit ihrem sozial-ethischen Gedankengut rüsten und anregen, ihren christlichen Beitrag unter anderen in der Gewerkschaft zu geben.

Es sollte ehrlicherweise auch nicht nur gefragt werden:

Gibt die heutige Einheitsgewerkschaft der Bildungsarbeit der christlichen Kirchen ausreichenden Raum? Sondern es ist ebenso zu fragen: Geben die christlichen Kirchen in Ost und West den ihnen zugehörenden Gewerkschaftern ausreichenden Raum, daß sie ihren besonderen Fragen und Aufgabenstellungen im Bereich der Gemeinde nachgehen und ihnen dort Geltung verschaffen können?

Die letztere Frage beantworte ich klar mit Nein!

So lange es z. B. hie und dort ein deutliches Ressentiment gegen die Einbeziehung von Gewerkschaftern in ein evangelisches Presbyterium gibt, sind wir als Christen in nicht sehr glücklicher Position für die Frage: Warum kommen die Christen im DGB nicht zum Zuge? Wir sollten uns fragen: Sind die Christen wirklich da, wo sie gebraucht werden? Auch diese Frage wird man nicht ohne weiteres bejahen können.

Die Einbeziehung bewußter Vertreter der Arbeiterschaft und Gewerkschaft in kirchliche Gremien setzt den Mut zur Spannung voraus. Denn es gibt eine Fülle von legitimen Meinungsverschiedenheiten unter den Angehörigen der Interessengruppen, die persönlich Christen sein wollen.

Die aktuelle Aufgabenstellung der Christen in den Gewerkschaften lehrt sie und uns alle, daß wir in die Spannungen unserer Zeit mitten hineingestellt sind. Wir dürfen ihnen nicht in einem romantischen Sozialpazifismus ausweichen, sondern haben unseren Beitrag sehr wesentlich im Interesse von Sachlichkeit und Fairneß zu leisten. Das schließt Kampf nach demokratischen Spielregeln nicht aus.

Geringes Wissen macht die Menschen hochmütig, großes Wissen macht sie demütig. So heben die leeren Ähren ihre Köpfe stolz zum Himmel, die vollen aber beugen sie zur Erde, die ihre Mutter ist.

Leonardo da Vinci

WERNER STEINJAN

Christliche Betriebsarbeit ist Neuland

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen
sammelt die tätigen Kräfte

Der folgende Beitrag wurde vom Verfasser als Referat anlässlich einer Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaften der norddeutschen Landeskirchen im August in der Evangelischen Akademie Loccum gehalten und kommt mit dem Abdruck in unserer Zeitschrift zum erstenmal zur Veröffentlichung. Die Tagung in Loccum, die die Vertreter der norddeutschen Aktionsgemeinschaften zum erstenmal zusammenführte, diente der gemeinsamen Erarbeitung von Grundsätzen und praktischen Arbeitsvorschlägen für die weitere Tätigkeit der Aktionsgemeinschaft. Wir haben dieser wichtigen Tagung in Loccum in unserer Zeitschrift einen wesentlichen Platz eingeräumt, weil die in Loccum gefundenen Ansätze auch für die übrigen Landesaktionsgemeinschaften von weittragender Bedeutung sind.

Das Verhältnis von Kirche und Arbeiterschaft hat in den Jahren nach 1945 seine entscheidende Wendung erfahren. Der Graben zwischen Gemeinde und klassenbewußter Arbeiterschaft existiert nicht mehr. Beide haben sich verändert: Das Klassenbewußtsein gehört der Vergangenheit an, die Gemeinde hört allmählich auf, Zufluchtstätte kleinbürgerlicher Rückständigkeit zu sein. Die Kirche ist tausendfach aus ihrem Ghetto herausgetreten und hat in immer erneuten Bemühungen begonnen, sich mit der Welt der Arbeit auseinanderzusetzen und in sie hineinzugehen. In diesen letzten Jahren ist sehr viel guter Wille von beiden Seiten gezeigt worden, aber auch fast ebensoviel Unerfahrenheit. Tatsächlich handelt es sich auch um ein Neuland, das bisher nur von wenigen Pionieren betreten worden war. Es lag daher nahe, sich zu einem Erfahrungsaustausch zusammenzuschließen und in einer gemeinsamen Aktion auch gemeinsam zu handeln. Dabei ist für die Aktionsgemeinschaft von Anfang an (Protokoll vom 15. 11. 1951) die Arbeitsgemeinschaft bestimmend gewesen. Man beabsichtigte weder ein neues Werk der Kirche noch eine evangelische Arbeiterbewegung zu gründen oder gar eine christliche Gewerkschaft. Diese Linie ist bis heute konsequent verfolgt worden.

Nach ihrer Satzung soll die Aktionsgemeinschaft die verschiedenen kirchlichen Werke und Ansätze zur gemeinsamen Arbeit in den Betrieben und darüber hinaus in allen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen sammeln. Sie soll Aktionen koordinieren und schließlich gemeinsame Stellungnahmen zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen erarbeiten und zum Ausdruck bringen. Es geht daher nicht nur um die organisatorische Sammlung von Verbänden, sondern um den Versuch, alle sozial wirksamen Kräfte im evangelischen Bereich zu vereinen. Sie muß daher auch möglichst nach dem Prinzip der Einmütigkeit arbeiten und kann es auch nur, weil sie ein völlig freiwilliger Zusammenschluß ist. Hier bietet sich am Rande die Möglichkeit, eine bessere Demokratie zu praktizieren, als das gemeinhin üblich ist. Es muß um die Meinung eines jeden

einzelnen gerungen werden. Das kostet oft Zeit, aber eine Gemeinschaft kann nicht aus bloßen Mehrheitsbeschlüssen aufgebaut werden. Die Aktionsgemeinschaft ist jedenfalls mit diesem Prinzip bisher sehr gut gefahren.

Der Weg der Kirche in die Welt fordert am Anfang immer eine geistige Auseinandersetzung, wenn sich die kirchliche Aktivität nicht auf die Caritas beschränkt. Es ist die Frage, um mit Bischof Dibelius zu reden, ob die Kirche hinter dem Wagen der Zeit herlaufen, die unter die Räder Gekommenen auflesen und von Zeit zu Zeit in fromme Sprüche ausbrechen soll oder ob sie nicht auch den Auftrag hat, wegweisend vorwegzugehen. Vor einer solchen Aufgabe könnte man leicht bange werden, wenn man sich den sozial- und wirtschaftspolitischen Raum ansieht, um den es hier geht.

Alle Kirchenstatistiken vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß die Menschen von heute in der Mehrzahl nur noch in sehr loser Beziehung zur Kirche stehen. Auf der anderen Seite sind die Menschen in der Industrie, und das heißt im wesentlichen in den Betrieben, sich so gut wie selbst überlassen. Den Platz des Glaubens oder auch späterer idealistischer Weltanschauungen vom Marxismus bis zum Nationalsozialismus hat ein platter Materialismus eingenommen. Die Spirale ständig steigender Bedürfnisse ist Sinn und Inhalt des Lebens geworden. Eine solche Anschauung hilft zwar allenfalls über die langweiligen Stunden eines im übrigen „erfolgreichen“ Lebens hinweg, sie bietet aber keinen Halt weder für ein Leben in der Gemeinschaft noch für die persönlichen Entscheidungen. Und gerade Entscheidungen werden wenigstens der Theorie nach von den Menschen des demokratischen Zeitalters gefordert. In der Praxis aber tut man nichts freiwillig: man wird nur getan! Das ist der Typus des gleichgültigen Spießbürgers, dem man überall begegnen kann: in der Straßenbahn, am Fußballplatz, hinter dem Steuer eines Mercedes 300, an der Werkbank wie hinter den gepolsterten Türen eines Ministeriums oder eines Verbandes. Es ist der von der Masse aufgesogene Mensch ohne eigene Entscheidung. Ein Mensch, der funktioniert, wie es der Apparat verlangt, aber auch nicht mehr. Sein Gegenpol ist die Minorität derer, die etwas wollen, die Aktiven, die immer wieder versuchen, einen Kurs zu steuern. Ihrer Gesinnung nach sind sie in allen Richtungen der geistesgeschichtlichen und politischen Windrose zu finden: Marxisten, Liberalisten, Christen, Mitglieder aller Parteien und Parteilose, die doch politisch sind. Ihrer Position nach rangieren sie vom Betriebsrat bis zum Unternehmer, vom Funktionär bis zum Syndikus und nicht die wenigsten haben gar keinen besonders herausgehobenen Posten. Sie gehören aber zu denen, die den Ton angeben im Büro, in der Werkstatt, im Verband und eigentlich ist es manchmal schade, daß sie nicht auch nach außen sichtbar ihre Verantwortung übernehmen. Immerhin bilden sie ein ruhendes Potential der Aktiven, aus denen heraus sich immer wieder die Gruppe der Verantwortlichen ergänzt. Mit dieser Minorität hat auch die Kirche in erster Linie bei ihrem Weg in die Welt zu rechnen. Sie sind als Freunde die Wegbereiter und Helfer, als Gegner die härtesten Kritiker und damit zugleich diejenigen, die der Kirche zur Selbstkritik verhelfen. Es ist nicht leicht zu entscheiden, wem das größere Verdienst zukommt, der Kirche aus ihrer Abgeschlossenheit herausgeholfen zu haben. Jedenfalls können die Weltanschauungsmarxisten mit Recht auf ihre Beihilfe hinweisen, zu der eine aner kennenswerte Objektivität und viel guter Wille aufgebracht wurden.

Mit Menschen dieser beiden Gruppen kommen wir in den Betrieben in Berührung. Es ist nicht nur verständlich, sondern in der Regel fast auch allein mög-

lich, sich an die Gruppe der Aktiven zu wenden. Sie kommen zu Vorträgen, Diskussionen und sie sind auch bereit, den Versuch zu machen, nach dem Worte Jesu Christi im Betriebe zu leben. Dazu gehört offensichtlich viel Mut, wenn auch inzwischen die Erfahrung lehrt, daß nach einiger Zeit der Mutige respektiert wird. Aber Mitarbeit ist deshalb von der Majorität auch nicht zu erwarten. Allerdings ist mancher vielleicht doch nachdenklich geworden. Man kann und darf nicht immer gleich Bekenntnisse erwarten und wollen. Vielleicht ist es schon viel, wenn neben den seltenen, die mittragen, eine kleine Schar ist, die mitlebt, die für ihr eigenes Leben aus dem platten Materialismus unserer Tage herausgefunden haben. Sie wirken oft ohne Reden durch ihr Beispiel.

Wenn wir nun nach den Betrieben fragen, mit denen wir es zu tun haben, können wir nach der Einteilung der Statistik vorgehen: Großbetrieb, Mittelbetriebe, Kleinbetriebe, zu denen auch Handwerk und Einzelhandel zählen. Am meisten Verständnis finden wir in den Großbetrieben. Leider, muß man manchmal sagen, fanden wir; denn die immer noch ansteigende Kurve einer ungebrochenen Prosperity hat die erstaunliche Wirkung, daß sehr viele Menschen nicht mehr nur keine Zeit für andere als Bilanzfragen haben, sondern auch bei steigenden Dividenden eine bemerkenswerte Sparsamkeit in allen Dingen entwickeln, die das rein Menschliche angehen. Trotzdem zwingt der Großbetrieb zu Entscheidungen, die im Mittelbetrieb und auf jeden Fall im Kleinbetrieb immer noch durch die Persönlichkeit des Leiters überbrückt werden können. Im Großbetrieb stoßen wir auf alle Probleme einer heraufkommenden 2. Welle der Industrialisierung: die Entpersönlichung, das Monotonieproblem und als Folge der Automation die Vereinsamung am Arbeitsplatz. In den großen, maschinengefüllten Hallen trifft man immer weniger Menschen und wenn es sich noch um einen Lärmbetrieb handelt, haben auch zwei, die nebeneinander stehen, keine Möglichkeit, miteinander zu reden. An dieser Tatsache scheitert der gute Wille der Arbeiterpriester, deren Wirksamkeit auf einen minimalen Radius begrenzt wird. Allerdings darf man die Großbetriebe nicht überschätzen.

In Betrieben über 1000 Beschäftigte arbeiteten 1952 in der Bundesrepublik 1 995 649 Menschen. Zählt man die Betriebe über 500 Beschäftigte hinzu, sind es 2 678 271. Von ihnen aber redet man, um sie kümmert man sich, wenn auch trotzdem nicht zureichend. Was aber geschieht in den Mittelbetrieben und vor allem den Klein- und Kleinstbetrieben? Aus Gründen der Kräfteökonomie haben wir uns auf die ins Auge fallenden Betriebe beschränkt und werden es auch sicher noch eine Zeit tun müssen. Wir sollten aber die große Zahl der kleinen und mittleren Betriebe nicht vergessen. In ihnen stoßen sich Vergangenheit und Gegenwart oft am härtesten im Raum. Patriarchalismus und Akkordarbeit, ernsthafte Fürsorge und desinteressierter Materialismus der Mitarbeiter treffen aufeinander und der gute Wille wird harten Proben ausgesetzt.

Das gilt nicht weniger für die Menschen in den Verbänden. Die leitenden Funktionäre und Manager verfügen über viel Macht als Folge einer hochorganisierten und technisierten Wirtschaft. Wer heute an den Schaltstellen der großen Gruppen steht, vermag Außerordentliches zu bewirken und hat ungewöhnlich viel zu verantworten.

Wir sehen nur den erfolgreichen „boss“ und vergessen, daß ohne ihn das komplizierte System einer modernen Gesellschaft nicht arbeiten kann. Wir vergessen, daß es sich um einen Menschen mit sehr viel Verantwortung und nur zu häufig um einen einsamen Menschen handelt. Die Erklärung „ich stehe mit dem Rücken an der Wand“ hört man nicht gerade selten. Wer aber tritt für die

Manager ein, wer kümmert sich um sie, wer hilft ihnen, wenn es um die „einsamen Entscheidungen“ geht?

Dabei ist die Verbindung zu den Gewerkschaften in den letzten Jahren sehr viel besser geworden. Das hat einmal seine Ursache in vielen persönlich geknüpften Kontakten, zum anderen aber in der konsequenten Haltung der Aktionsgemeinschaft. Die Offenheit, mit der zu den Fragen des sozialen Raumes gesprochen wurde und wird, die Tatsache, daß ehrliche Kritik geübt wurde, hat viel von dem generationenalten Mißtrauen beseitigt. Es gibt immer mehr unter den Führenden in der Gewerkschaft, die verstehen, daß Kirche und Arbeiterschaft keine Gegensätze sind. Die Klage, daß Christen unter den führenden Gewerkschaftern selten seien, obwohl doch 95% aller Gewerkschafter sich zu einer der beiden großen Konfessionen zählen, mag zum Teil ihre Ursache im Wahlsystem haben, das bereits auf der Ortsebene die Minderheit ausschaltet. Viel wichtiger aber dürfte die negative Einstellung vieler Christen als Folge eines historischen Irrtums sein, die Gewerkschaft mit antichristlich gleichzusetzen. Dieser Fehlschluß muß von der Gemeinde her überwunden werden. Es gibt so wenige Aktive, daß man von den Christen unter ihnen geradezu verlangen kann, auch in der Gewerkschaft nicht nur zahlendes Mitglied zu sein. Die Gewerkschaften können nur Bewegung bleiben, so lange es in ihnen eine lebendige geistige Auseinandersetzung gibt. Daß sie in der Gewerkschaft wieder aufgebrochen ist, war mit das Verdienst von Christen. Diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre, denen eine Gewerkschaft als Bewegung am Herzen liegt, haben es dankbar aufgenommen.

Die Verbindung zu den Arbeitgeberverbänden beschränkt sich dagegen sehr viel mehr auf den Kontakt zu den Spitzenverbänden und auf persönliche Beziehungen der einzelnen Funktionäre zur Gemeinde, kirchlichen Werken oder Akademien. Es mag sein, daß es auch manche Enttäuschte gibt, die verärgert sind, daß die aus der Vergangenheit gewohnte Schützenhilfe der Kirche ausgeblieben ist, ja, die annehmen, daß die Kirche umgekehrt nunmehr die Sache des Sozialismus zur eigenen gemacht hätte. Wenn die Kirche sich von ihrem „Ja“ zur besitz-bürgerlichen Ordnung löst und damit aufhört, einseitige Interessen als christlich auszugeben, bedeutet das nicht, nunmehr ebenso einseitig die Interessen einer anderen Gruppe zu vertreten. Man muß dabei anerkennen, daß es unter den Verbandsfunktionären sehr viele gibt, die die historische Schuld der Kirche an der Arbeiterschaft sehen und daher begreifen, daß zunächst einmal vieles wieder gutgemacht werden muß. Allerdings kann man nicht übersehen, daß die günstige Konjunktur ebenso viele harthörig werden läßt, die ehemals sehr verständnisvoll schienen. Die Position eines Funktionärs der Arbeitgeberverbände ist auch nicht ohne weiteres gleichzusetzen mit der Position eines Gewerkschaftsfunktionärs. Der eine ist Angestellter einer verhältnismäßig übersichtlichen Gruppe individualistischer Unternehmer, der andere gewählter Vertreter einer in sich sehr großen und in sich unorganischen Zahl von Mitgliedern. Darüber hinaus gibt es natürlich noch die von den Vorständen angestellten Funktionäre der Gewerkschaft, die aber in der Regel kaum anders gestellt sind als die gewählten. Beide haben oft ein erstaunliches Maß von Entscheidungsfreiheit. Aber wenn auch die Entscheidungsfreiheit der Syndici geringer sein sollte als die der Gewerkschaftsführer, ändert das nichts am Auftrag der Kirche, sich auch ihrer anzunehmen; denn der Auftrag der Kirche geht an alle. Sie hat umgekehrt auch nicht mit ihren Warnungen ängstlich zu sein. Man braucht dabei nur etwa an die Streikermächtigung der IG-Bergbau zu denken.

Nicht sehr viel einfacher liegen die Dinge in der Kirche selbst. In ihr bestehen verschiedene Schichten. Da ist einmal die Ortsgemeinde, entstanden in einer Zeit, da die Gemeinde noch um die Kirche lebte und Pastor und Gemeinde Hirte und Herde waren. Davon kann selbst in den Dörfern nur noch sehr begrenzt die Rede sein. In den Gemeinden und über sie hinaus wirken die kirchlichen Werke und Verbände, die Innere Mission. Sie sind der Ausdruck, den sich der Vereinsgedanke des 19. Jahrhunderts in der Kirche geschaffen hat. Sie erfassen damit viele Menschen, aber keineswegs die Majorität. Seit 1945 sind der Kirchentag und die Akademien hinzugetreten. In ihnen vollzieht sich etwas wie ein Aufbruch der Massen und zugleich auch ein Ansatz zur Überwindung der Masse. Der Versuch, der Persönlichkeit einen neuen Standort zu geben, kann vielleicht so verstanden werden. Es geschieht zugleich etwas sehr Hoffnungsvolles für die Evangelische Kirche: die Mobilisierung der Laien. Das ist, verglichen mit den Zahlen, ein kühnes Wort, aber hier kann man nicht nur zählen, hier muß man auch wägen. Möglicherweise entstehen aber neue Formen des kirchlichen Lebens, nachdem die über sechszehnhundertjährige Epoche der Staatskirche zu Ende gegangen ist. Die normale Ortsgemeinde ist mindestens in den Industriebezirken zu groß, um noch wirkliche Gemeinde zu sein, das heißt: überschaubare Gemeinschaft. Die Situationsgemeinde, wie sie in einem Männerkreis, auf einer Tagung, in einem Betriebskreis entstehen kann, ist vielleicht die entscheidende Ergänzung der oft entpersönlichten Ortsgemeinde. Bis heute ist das Nebeneinander der verschiedenen Schichten noch zu keiner organischen Einheit zusammengewachsen. Die Träger der alten Organisation sehen oft ungern das Entstehen neuer Formen, die ein Eigenleben nicht in der Gemeinde, sondern neben der Gemeinde zu führen scheinen. Die Neuerer dagegen sprechen von Unverständnis und alten Zöpfen, die endlich abgeschnitten werden müßten. Wahrscheinlich wird man sich mit dem Gedanken befassen müssen, daß beides bestehen bleiben wird und daß es darauf ankommt, miteinander zu arbeiten. Das braucht und kann nicht Gleichartigkeit bedeuten. Es wird zum Beispiel ratsam sein, die Sakramentsverwaltung grundsätzlich der Ortsgemeinde zu überlassen. Es ist aber durchaus der Sonderfall denkbar, daß auch eine Betriebsgemeinschaft zur Gemeinde wird und ähnlich wie die Akademien auch eine eigene Sakramentsverwaltung hat. Sehr viel bedeutsamer wird aber die Situationsgemeinde im Sinne des Herrenwortes sein: „Denn wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen.“ Die Kirche und die Welt der Arbeit, das Thema von Espelkamp, ist zugleich auch das Thema der Aktionsgemeinschaft. Und so wie man den Titel auch umkehren und sagen kann, die Welt der Arbeit und die Kirche, ist ihr Auftrag auch ein doppelter. Er ist nach außen und nach innen gerichtet. Bei unserer Arbeit nach innen geht es darum, die geistige Auseinandersetzung mit den Problemen der modernen industriellen Welt voranzutreiben. Wir können zwar keine Enzykliken herausgeben — und wollen es auch nicht —, aber wir brauchen eine Aufarbeitung des Materials, die dem einzelnen auch ohne besonderes Fachstudium eine Entscheidung ermöglicht. Die Glieder der Gemeinde müssen sich durch bessere Kenntnis der modernen Abläufe vor der Welt auszeichnen; denn es gilt keineswegs als gesichert, daß Unkenntnis besonders fromm sei. Nach einer langen Zeit der Abstinenz kann es nicht schaden, die sozialen Fragen in der Gemeinde etwas energischer zu behandeln als bisher. Das bedeutet nicht, eine augenblickliche Mode mitzumachen, sondern nur, Versäumtes nachzuholen. Nach außen wird es vor allem die Antwort der Kirche zu den Fragen der sozialen Ordnung sein, die man als erstes erwartet. Eine solche Antwort kann es

aber nur geben, wenn sich die Gemeinde wirklich ernsthaft damit befaßt. Sicherlich wird die eigentliche geistige Auseinandersetzung Sache verhältnismäßig weniger Menschen sein. Sie befinden sich aber in einer hoffnungslosen Position, wenn man sie allein läßt. Welche Bedeutung in solchen Fragen die Gemeinde erlangt, haben die Mitglieder der Aktionsgemeinschaft erlebt, als es nach den Bundestagswahlen 1953 um die Einheit oder Spaltung des DGB ging. Gewiß sind die Entscheidungen alle persönlich gefällt worden. Es ist aber außer Frage, daß die meisten sehr froh waren, sich in einer tragenden Gemeinschaft beraten und gegenseitig bestärken zu können. Das Gleiche gilt für das Verhältnis zu den Verbänden. Sicherlich haben jene nicht unrecht, die den persönlichen Kontakt für das Wichtigste halten und von jedem verlangen, in seinem Bereich die Kontakte zur anderen Seite des Tisches zu pflegen. Allein, das reicht nicht zu. Es hieße die Tatsache leugnen, daß unsere heutige Gesellschaft eine gruppenmäßig geordnete Gesellschaft ist. Die Verbände werden nicht aus der Welt geschafft, indem man sie ignoriert — und als verfaßte, als organische Kirche ist auch die Kirche ein Verband wie jeder andere. Für die Aktionsgemeinschaft sind die Arbeitgeberverbände oder die Gewerkschaften solche Verbände, die ihr höchstes Interesse beanspruchen dürfen; denn sie sind eine Wirklichkeit für die Menschen, die uns angehen. Ihre innere Entwicklung kann uns nicht gleichgültig sein, so wie das Leben in der Kirche den verantwortlichen Gewerkschaftern oder Arbeitgebern nicht gleichgültig sein dürfte. Die geistige Auseinandersetzung um die Gewerkschaften ist daher mit Recht auch zur Sache der Aktionsgemeinschaft geworden (vgl. Mai-Heft 1955 der Gewerkschaftlichen Monatshefte).

Allen verantwortlichen Kräften aber, gleich welcher Richtung sie auch sind, sollte die Sorge um die Aktivierung der ansprechbaren Minoritäten gemeinsam sein. Ohne sie ist eine neue Verpersönlichung der Massengesellschaft, das heißt eine Umkehrung des Kollektivierungsprozesses unmöglich. Von der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen her gesehen geht es darum, ehrenamtliche Mitarbeiter zu finden und Schlüsselpersonen dazu zu bewegen, in ihrer Stellung aus christlicher Verantwortung und damit aus Gewissen zu handeln. Es gibt nicht sehr viele, die bereit sind, mehr zu tun, als sie tun müssen. Aber sie wird man in erster Linie ansprechen müssen, denn von ihnen ist am ehesten zu erwarten, daß sie von Hörern zu Helfern werden. Diesen Menschen müssen wir die Gelegenheit geben, eine Gemeinschaft zu finden. Kaum ein Mensch vermag auf die Dauer allein zu stehen. Damit schneiden wir das Problem des sogenannten „Betriebskerns“ oder „Betriebskreises“ an.

Es steht die Frage dahinter, ob Menschen in den Betrieben einen besonderen Zusammenschluß wünschen und brauchen. Anlaß zur Gründung solcher Kreise ist immer der mangelnde Kontakt zur Wohngemeinde, und zwar nach jeder Richtung. Zwar ist die Betriebsfamilie etwas außerordentlich Fragwürdiges, aber der Betrieb spielt auf jeden Fall heute eine so große Rolle im Leben der Menschen, daß er als stärkere Gemeinschaft empfunden wird, als das Zusammenwohnen in einem Wohnblock oder einer Siedlungsstraße. „Wir von den Sowieso-Werken“, das hört sich fast an wie ein moderner Mythos und diese Art der Betriebsverbundenheit ist ja auch nicht ohne weiters rational verständlich. Viele Menschen erwarten heute vom Betrieb mehr als die Lohntüte, und für ebensoviele ist der Betrieb einer ihrer beiden Mittelpunkte und manchmal nicht der schwächere Punkt. Der Kontakt im Betrieb ist daher berechtigt, weil er sich fast von selbst ergibt. Von zwei Seiten wird der Betriebskreis kritisiert. Einmal von der Ortsgemeinde, weil er fast regelmäßig übergemeindlich ist und in

größeren Betrieben auch nicht anders sein kann. Die andere Kritik kommt von den Gewerkschaften. Die Betriebskreise sind fast zu gleichen Zeit entstanden, als die Diskussion um eine Spaltung der Einheitsgewerkschaft und Neugründung von christlichen Gewerkschaften wieder auflebte. Der Verdacht, daß mit den Betriebskreisen nun die Kader für die neuen christlichen Gewerkschaften geschaffen werden sollen, ist jedenfalls nicht mit Worten zu entkräften. Jedenfalls so lange nicht, als die vorhandenen Opponenten nicht davon überzeugt sind, daß es einem Christen verboten ist, anders als mit Ja oder Nein zu antworten, daß also ihre Erklärungen volles Gewicht haben. Inzwischen ist die Kenntnis davon gewachsen. Die Erklärung der Aktionsgemeinschaft, für die Einheitsgewerkschaft einzutreten, so lange Christen nicht in der Einheitsgewerkschaft offensichtlich benachteiligt werden, weil sie Christen sind, ist durchaus wörtlich zu nehmen. Das setzt allerdings eine faire Auslegung voraus, das heißt, daß weder die konfessionelle Neutralität der Gewerkschaften nur formal zu verstehen ist, noch daß umgekehrt jeder Verstoß sofort Anlaß zu Nervosität auf allen Bänken ist. Hier haben sich erfreulicherweise die Beziehungen sehr gebessert. Und das nicht zuletzt, weil das Vertrauen der Verantwortlichen zueinander gewachsen ist. Auf die Betriebskreise kann nicht verzichtet werden, weil die Verbindung ohne ein Mindestmaß an Organisation unmöglich ist. Gerade deswegen muß aber konsequent deutlich gemacht werden, daß die Betriebskreise keine gewerkschaftlichen Aufgaben haben, sondern in diesem Falle ihre Mitglieder darin bestärken sollen, als Gewerkschafter in der Gewerkschaft aktiv zu werden. Die Klage, daß die Christen so wenig berücksichtigt würden, wird dann auch sehr schnell verstummen. Gewiß ist damit die Frage nach der doppelten Loyalität noch nicht beantwortet. Sie ist aber eine Frage an alle Arbeitnehmer. In Grenzfällen, wenn sich Loyalität gegen die Gewerkschaft und Loyalität gegen den Betrieb entgegenstehen, kann der Betriebskreis zu einer Beratungsgemeinschaft werden, ohne daß die Gewissensentscheidung des einzelnen damit aufgewogen würde. Der Vorwurf mancher radikal Veranlagten, eine solche Haltung führe zu „gewerkschaftlicher Knochen-erweichung“, trifft nicht zu. Wir brauchen Menschen, die Standpunkt haben, dringender als gehorsame Marschierer. Selbstverantwortliche Entscheidung bedeutet weder Weichheit noch grundsätzliches Nachgeben. Es könnte durchaus sein, daß sich gerade eine christliche Gruppe um der Gerechtigkeit willen am entschiedensten für einen Streik ausspricht. Umgekehrt sollte man von ihr am ehesten erwarten dürfen, daß sie gegen bloße Agitation immun ist.

Der Weg der Kirche in die Welt der Arbeit wird nach alledem mehrgleisig sein müssen, weil auch das Bewußtsein der Menschen in den Betrieben vielstufig ist. Dabei spielt die Generationenfrage eine bedeutende Rolle. Die Generation jener, die noch vor dem ersten Weltkrieg anfangen, sich ein Lebensbild zu machen, die Zwischenkriegsgeneration und jene, die zu Ende des zweiten Weltkriegs noch Kinder waren, unterscheiden sich wesentlich. Viele, inzwischen Geschichte gewordene Hindernisse der alten Generation existieren für die jüngste überhaupt nicht mehr. Oft sind sie nicht einmal dem Namen nach bekannt (darüber in Schelsky: „Arbeiterjugend zwischen Gestern und Heute“). Hinzu kommt, daß die junge Generation von der Schule her die Ko-Eduktion gewöhnt ist und das Nebeneinander der Gemeindekreise in der Wirklichkeit des Betriebes auf Schwierigkeiten stößt. Die ältere Generation wird sich hier kaum noch ändern wollen und können. Sie hat ihr Weltbild in einer Zeit geprägt, in der die Normen der alten Ordnungen wenigstens äußerlich gültig waren. Tradition war für sie noch erlebte Wirklichkeit. Die jüngste Generation hat

Tradition nur als Restauration erlebt und muß ihr, wenn sie ehrlich denkt, skeptisch gegenüberstehen.

Auf diese Probleme wird aber die Arbeit in den Betrieben Rücksicht nehmen müssen und entweder von Fall zu Fall getrennt oder in den Kreisen doch sehr behutsam vorgehen müssen, um niemanden unnötig zu kränken. Da unser Auftrag alle Menschen angeht, wird daher die Pflege des Bestehenden wie der neue Ansatz zugleich nötig sein. In den Betriebskreisen kommen in der Regel Männer und Frauen zusammen und wir sollten uns freuen, wenn sie durch unsere Veranstaltungen zusammenfinden und nicht zusätzlich auseinandergerissen werden.

Diese vielfältige Aufgabe kann nur von mehreren Seiten her angegriffen werden. Der Ansatz kann einmal von der Ortsgemeinde und ihren Kreisen her kommen. Auch auf diesem Weg der verfaßten Kirche spielen die personalen Beziehungen eine große Rolle und es sollte nichts unterlassen werden, um der Ortsgemeinde durch überschaubare Kreise neuen Zusammenhalt zu geben. Das ist vor allem für die Großstadtgemeinden wichtig. Man kann an Hendrik de Man erinnern, der sagte, daß keine Gesellschaft ohne tragende Gemeinschaften existieren kann. Der andere, neue Weg, ist der der Betriebskreise. Der Betrieb, also die industrielle Welt, sind der äußere Anlaß, sich zu finden. Die Auseinandersetzung ist hier in erster Linie Sache der Nicht-Theologen unter den Christen. In den Betriebskreisen müssen sie die Initiative aufbringen. Der Pfarrer der Ortsgemeinde (oder einer Ortsgemeinde) sollte Berater und Freund sein, der auf Wunsch zur Verfügung steht. Dann haben wir nicht mehr den überlasteten Pfarrer, der von einem Kreis zum anderen rotiert und am Ende keine Zeit für die Seelsorge hat, und wir praktizieren etwas, was einmalige Chance der evangelischen Kirche ist: das allgemeine Priestertum, die theologischen Laien in der Frontlinie der Kirche!

Die eine Aufgabe ist daher die Aufschließung der Kerngemeinden für die neue Welt der Industrie. Rationalisierung, 40-Stunden-Woche, Koalitionsrecht, also sozial- und wirtschaftspolitische Fragen gehören zu den Problemen, mit denen sich die Gemeinde auseinandersetzen muß. Selbstverständlich kann kein Pfarrer auf der Welt alle diese Fragen allein bewältigen. Er braucht Arbeitskreise, die ihn unterstützen. Jede Gemeinde sollte einen kleinen sozial- und wirtschaftspolitischen Arbeitskreis haben. An diesen Kreis wäre das Informationsmaterial zu schicken, er würde sich um Referenten kümmern und seine Aufgabe wäre es schließlich, dafür zu sorgen, daß von der Gemeinde zu den alleingelassenen Menschen persönliche Kontakte geknüpft würden. Ein solcher kleiner Kreis von 4 — vielleicht höchstens 10 — Männern und Frauen könnte sich viel einfallen lassen und manches in Bewegung setzen, wozu der Ortspfarrer nie kommt.

Der andere Weg ist der unmittelbare zu jenen, die von der Kirche nicht mehr direkt erreicht werden, die sich in den Ortsgemeinden nicht mehr daheim fühlen. Diese Arbeit wird einmal von hauptamtlichen Mitarbeitern an den Akademien, von den Sozialsekretären und von den Pfarrern, die besonders gut mit den Verhältnissen in der Industrie Bescheid wissen, geleistet werden müssen. Die beste Hilfe aber werden die leisten, die selbst „von draußen“ gekommen sind. Sie verstehen aus eigener Erfahrung, was das heißt, allein zu sein. Sie werden am ehesten die Vorurteile durchbrechen können, die der Kirche Jesu Christi begegnen. Im letzten werden es die theologischen Laien sein müssen, die das erste Vertrauen werben müssen. Auf ihr Beispiel und Wirken wird es ankommen, ob uns geglaubt wird.

Die Aktionsgemeinschaft hat die geistige und praktische Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen zustande zu bringen. Die Frage ist, wer trägt Aktion und Koordination? Die Aktionsgemeinschaft ist eine Arbeitsgemeinschaft. Zunächst werden sich die Delegierten der Institutionen in größeren Zeitabständen treffen und über sozial- und wirtschaftspolitische Fragen und Aktionen beraten. Das ist wichtig, aber auch kaum ausreichend; denn wer bringt die verschiedenen Mitarbeiter zusammen, wer leistet die Vorarbeit? Bei der großen Zahl der Ansätze kann das kaum ein Gremium leisten, das sich nur sporadisch trifft. Die Arbeit wird daher entweder federführend z. B. vom Männerwerk übernommen werden müssen oder aber — das ist wichtig für die junge Generation — der Einsatz erfolgt von vornherein gemeinsam. Die Aktionsgemeinschaft kommt dann nicht ohne einen eigenen Arbeitsstab aus, der freilich sehr klein gehalten werden kann, da er sich ja dauernd auf die vorhandenen Kräfte in der Gemeinde und in den Werken stützen soll. Diesem Arbeitsstab werden im wesentlichen Sozialsekretäre angehören. Seine Aufgabe wird die Koordination und der Vorstoß in Neuland sein.

Diese Arbeitsweise ist an zwei Beispielen deutlich zu machen. In einer norddeutschen Großstadt gibt es zur Zeit neben den üblichen Gemeindekreisen einen Betriebskreis, in dem sich Teilnehmer aus verschiedenen Betrieben zusammenfinden. Unmittelbare Kontakte zwischen den Gruppen bestehen nicht. Christen haben es in diesem Fall überhaupt nicht einfach, da diese Stadt zu den entchristlichsten der Bundesrepublik zählt. Um so wichtiger ist es, den fehlenden Zusammenhang zustande zu bringen. Der erste Ansatz dazu ist eine von der Aktionsgemeinschaft veranstaltete Kurztagung für Mitarbeiter der Gemeindekreise, in der zunächst Probleme des Themas Kirche und Welt der Arbeit besprochen werden. Viel wichtiger aber ist der persönliche Zusammenhang, der bei einem solchen Treffen mühelos als Nebenerfolg abfällt. In einem großen Betrieb arbeitet eine kleine Gruppe von Menschen, die neu zur Kirche gefunden haben. Einige von ihnen sind sehr aktiv. Sie haben aber keinen Kontakt zu ihrer Gemeinde finden können — und das ist manchmal verständlich. Vielleicht sind aber gerade in diesem Betrieb einige moderne und aufgeschlossene Glieder von Kerngemeinden. Nur, beide Gruppen wissen nichts voneinander, denn in einer Großstadt kann man im gleichen Büro arbeiten und doch einander so fremd sein, als lebte man auf einem anderen Kontinent. Der Anfang zur Begegnung kann bei einem solchen Mitarbeitertreffen gemacht und durch künftige Zusammenarbeit das Vielfache des bisherigen geleistet werden.

Ein anderer Fall. Eine mittlere Stadt in Niedersachsen mit zwei großen, das Leben der Stadt beherrschenden Werken. Nicht weniger als 6 (sechs!) Konfessionen leben nebeneinander. Die Aktivität ist vergleichsweise groß. Konkurrenz bekommt eben nicht nur der Wirtschaft gut. Im Betriebskreis aber treffen sich alle Konfessionen und liefern ein Musterbeispiel der Toleranz.

Die Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen ist weder ein neues Werk noch die Keimzelle einer christlichen Gewerkschaft. Sie ist aber vielleicht der Anfang einer lebendigen Bewegung der evangelischen Kirche in die Welt der Arbeit hinein. Sie ist — wenn man so will — dabei, von oben nach unten zu wachsen. Sie ist deswegen keine Volksbewegung, aber vielleicht ein neuer Aufbruch des Geistes in der Kirche. Wir hoffen, daß es ein Aufbruch des Heiligen Geistes und nicht der Organisation allein ist. Das wird aber von denen abhängen, die in der Gemeinschaft der Aktion und der Koordination zusammenarbeiten.

CHRISTLICHE ANTWORTEN AUF DIE SOZIALE FRÄGE

Vogelsang und die österreichische Schule

ANTON BÖHM

Im Jahre 1918, im ersten Aufbruch des kapitalistischen Zeitalters, wurden die beiden größten Gegner eben des Kapitalismus geboren, die Deutschland, die Europa hervorgebracht hat:

Karl Marx und Karl von Vogelsang. Abgrundtiefe Gegensätze trennten sie voneinander: den strengen Systematiker Karl Marx, der sein Werk geschlossen lehrhaft und lehrbar zusammenfaßte, und den Publizisten Karl Vogelsang, der seine Ideen in Tausenden von Zeitungsartikeln verstreute, und der kein einziges wissenschaftliches Buch geschrieben hat; den säkularisierten Denker Marx, für den die Zeit der überlieferten Religionen zu Ende war, und den tief überzeugten Christen Vogelsang, dem das Zeitalter der Verwirklichung des Christentums erst bevorzustehen schien; den Verkünder einer dialektischen Sozialentwicklung, die gesetzhaft und zwangsläufig den Kapitalismus durch Umschlag in das sozialistische Reich der Menschlichkeit und Gerechtigkeit herbeiführen werde — und den Prediger der Sozialreform, der den Kapitalismus nicht für eine irgendwie notwendige Entwicklungsstufe, sondern für eine Verwirrung des menschlichen Geistes hielt, die durch freie schöpferische Tat aus besserer Einsicht konstruktiv überwunden werden müsse. Aber dennoch hatten Marx und Vogelsang auch so manches gemeinsam, vor allem die tiefe Sorge um die Menschlichkeit und die gleiche Anschauung von der unmittelbaren sozialen Wirklichkeit, mit der sie die Zeitgeschichte konfrontierte. Den Anstoß zu ihrem theoretischen Denken bildete die Erfahrung, die Beobachtung: Die Atomisierung des gewerblichen Mittelstandes, das Absinken breiter Schichten ins Proletariat, die grausame Ausbeutung durch Hungerlöhne, die Frauen- und Kinderarbeit, das hoffnungslose Elend der „Hilfsarbeiter“, wie man damals jeden Arbeiter nannte, die abscheulichen Wohnungsverhältnisse — das alles erlebten Marx wie Vogelsang, moralisch wacher als die meisten Zeitgenossen, als eine frevelhafte Entwürdigung des Menschen. Vielleicht ist ihre Empfindlichkeit für die Not anderer durch das eigene harte Schicksal gesteigert worden: denn auch das haben sie gemeinsam, daß sie beide das harte Brot der Fremde essen mußten, Marx im Exil, Vogelsang zwar in alten Reichslanden, aber doch fern der Heimat. Denn der in Liegnitz Geborene, Sproß eines uradeligen, weitverbreiteten Geschlechts, Rittergutsbesitzer, vordem preußischer Beamter, konnte sich in dem heimatlichen Raum nicht halten, weil er unter dem Eindruck der Erlebnisse des Revolutionsjahres 1848 und nach historischen und theologischen Studien zur katholischen Kirche konvertiert war. Er verließ Preußen und kam über lange Zwischenstationen in Köln und München, mehrere Jahre hatte er sich auch als Begleiter des Fürsten Johann von Liechtenstein im Ausland aufgehalten, zuerst nach Preßburg und dann nach Wien. Hier fand er endlich (bereits 57 Jahre

alt) an der katholisch-konservativen Zeitung „Vaterland“ eine dauernde Wirkungsstätte. Hier leitete er auch die 1879 von ihm gegründete „Monatsschrift für christliche Sozialreform“. Jedoch auch dann befand sich der streitbare, un-nachgiebige, jedem Kompromiß abgeneigte und manchmal überempfindliche Mann niemals in sozialer Sicherheit. Seine Stellung war immer umstritten und wurde karg honoriert; die Not wich nicht aus Vogelsangs Haus.

Vogelsang war keiner jener voreiligen Praktiker, die mit Palliativmittelchen an einzelnen Symptomen herumkurieren. Er stammte dem Geiste nach von den universalen Denkern der Scholastik ab und war von den romantischen Staatslehrern, besonders Adam Müller, beeinflusst, die ebenfalls zu einer Universalität der Anschauung und der Theorie strebten. Seine sozialen Ideen sind Elemente eines umfassenden, vom christlichen Glauben geprägten Weltbilds. Er sieht alles Sein in einer einzigen gewaltigen Ordnung, die von Gott selbst gesetzt ist. Der Mensch folgt dieser Ordnung in Freiheit; für ihn ist sie ein Sollen, kein zwanghaftes Müssen, und die Gesamtheit dieses Sollens ist das Naturrecht, das vom positiven Gesetz Gottes in der geoffenbarten Religion überhöht wird. Der Mensch kann die göttliche Ordnung auch verwerfen; aber wenn er ihr abweicht, handelt er gegen sein eigenes Wesen und zerstört die Grundlagen seiner eigenen Existenz. Er selbst ist dann daran schuld, wenn sein Leben menschenunwürdig wird. So bedrückt das Gesetz der göttlichen Ordnung den Menschen nicht, sondern es hegt ihn.

Die vom Menschen frei verwirklichte Gottesordnung in der Menschenwelt selbst, also die Gesellschaftsordnung, ist somit keine Willkürordnung; sie wird ihre Aufgabe nur erfüllen können, wenn sie dem göttlichen Plan entspricht. Vogelsang hatte den großen Glauben, daß sich dieser Plan aus dem Naturrecht, das jedem Menschen mitgegeben sei, und aus dem Fortgang der Geschichte erkennen lasse, und er meinte, daß die Wesenszüge der Gesellschaftsordnung des christlichen Mittelalters dem Idealstand am nächsten käme. Es war jedoch ein großes Mißverständnis, wenn man Vogelsang deswegen einen Reaktionär schalt. Er sah das Gottesgesetz keineswegs als eine starre Formel, sondern als eine lebendige, wirkende Kraft, und er wußte, daß die Aufgabe des Menschen an der Gesellschaft nie erfüllt ist und nur eine unendliche Annäherung an das Ideal möglich sein kann. Daher wollte er in Wirklichkeit niemals, wie seine Gegner ihm nachsagten, den mittelalterlichen Feudalismus wiedereinführen und die Industrie zugunsten eines zunftgebundenen Kleinhandwerks abschaffen. Derartigen Phantastereien hat Vogelsang nie nachgegeben, aber er wollte eine Weiterentwicklung aus der Geschichte, der Überlieferung, und aus dem, was er als das wahre Wesen der Gesellschaft ansah.

Der letzte Sinn aller gesellschaftlichen Ordnung und alles gesellschaftlichen Strebens ist für Vogelsang das ewige Heil des Menschen, des einzelnen Menschen. Die große Sünde des Kapitalismus ist für ihn, daß der Mensch aus dem Sinnzentrum der Gesellschaft entfernt und an seine Stelle die Ware, oder deren abstrakter Ausdruck: das Geld, gesetzt wurde. Dadurch wurde zum Antrieb der wirtschaftlichen und damit in der Folge der ganzen gesellschaftlichen Tätigkeit das private Gewinnstreben mit seiner zwangsläufigen Automatik — während vordem das beherrschende Motiv eine ethische Verpflichtung war: nämlich einen Auftrag in der Gesellschaft und für die Gesellschaft zu erfüllen, der zugleich ein Auftrag Gottes ist, und zwar zu erfüllen durch irgend eine sachliche, berufliche Leistung, die für das Gesellschaftsganze notwendig ist.

Die Konsequenz dieses Wechsels, der in einem Verzicht auf die ethische Motivierung gesellschaftlichen Handelns besteht, ist jene Zersetzung der Gesellschaft,

die mit der Auflösung der Familie beginnt, sich in der Zerstörung der ständischen Gliederung und des handwerklichen Mittelstandes, sowie in der Schuldverknechtung des Bauerntums fortsetzt, und mit der Verelendung breitetster Volksmassen im Proletariat endet. Gegen alle die Übelstände, die sich aus dieser Entwicklung ergeben, hat Vogelsang sozialpolitische Maßnahmen vorgeschlagen und zum Teil auch durch seine in der österreichischen Politik mächtigen Freunde durchgesetzt, beispielsweise die Begrenzung der Arbeitszeit, die Abschaffung der Nachtarbeit für Frauen und Abschaffung der Kinderarbeit, eine wirksame Entschuldungsaktion für das Bauerntum, Sicherung der Sonntagsruhe und so fort. Aber seine Königsidee war, daß eine entscheidende Wendung niemals durch solche Einzelvorkehrungen erzielt werden könne, sondern nur durch eine Erneuerung des gesellschaftlichen Ganzen von Grund auf. Er hatte dafür sein Ordnungsbild. Für ihn war die Gesellschaft ein einziges lebendiges und bewegtes Ganzes, oder sie sollte es sein, aufgebaut in konzentrischen Kreisen: Familie, Berufsstand, Staat und Familie, Gemeinde, historisches Land, Staat. Immer bleibt die Familie der Anfang und der Lebensquell des Ganzen. Alle diese Lebenskreise aber haben Eigenrecht und Bedeutung, und gerade indem sie ihr Gesetz in der Tätigkeit für das Ganze entfalten, bauen sie das Ganze auf und bilden den Staat. Einen Gegensatz zwischen Gesellschaft und Staat gab es für Vogelsang nicht, nur eine Unterscheidung. Den Nachtwächterstaat, der nur die Interessen der Besitzenden zu schützen hat, und den er, für uns Heutige etwas irreführend, „Rechtsstaat“ nannte, lehnte er ab; vor der Staatsallmacht aber bleibt sein System durch das Prinzip des Eigenrechts der organischen Gesellschaftsgebilde bewahrt, die nicht in der Willkür des Menschen, sondern im Naturrecht, dem Gottesgesetz, gründen. Mit einer Wiederherstellung des alten Feudalismus hat das nichts zu tun, das beweist schon die zentrale Stellung der Idee des genossenschaftlichen Zusammenschlusses, also der freiwilligen Bindung Gleicher unter einer gewählten Führung, in Vogelsangs Gedankenwelt. Die Entproletarisierung der sogenannten „Hilfsarbeiter“ dachte sich Vogelsang vor allem dadurch gesichert, daß sie zusammen mit den Unternehmern ebenso einen, wie er es nannte, Produktivstand bilden sollten wie die Handwerker, als wirkliche Partner, die nicht mehr durch einen individuellen Lohnvertrag, sondern durch einen Gesellschaftsvertrag verpflichtet werden sollten. In diesem rechtlichen Rahmen sollte dann Eigentumbildung auf breitester Grundlage durch Gewinnbeteiligung stattfinden. Das Eigentum aber sollte wieder für alle zum Amt, zum Leben werden, in sich selbst schon verbunden mit sozialer Verpflichtung.

Die Fülle seiner Ideen war jedoch so groß — wir könnten hier nur einen winzigen Ausschnitt geben —, daß sie trotz allem Streit und aller Kritik noch mächtig in die Zukunft wirkte. Vogelsang blieb auch nach seinem Tod, er starb im Oktober 1890 an den Folgen eines Verkehrsunfalls, der beherrschende Geist der sogenannten Österreichischen Schule katholischer Sozialwissenschaft, die so große Namen aufzuweisen hat wie Alois Liechtenstein, Andreas Frühwirt oder Prälat Schindler, und noch in späten Nachfahren wie Anton Orel mit seiner *Oeconomia perennis* und dem Publizisten Dr. Josef Eberle ihre konstruktive Kraft bewährte, ja heute sogar einen neuen Anfang zu erleben scheint. Seine Ideen beeinflussten auch sehr tief die ganze deutsche, französische und italienische Sozialbewegung, und sie erfuhren in vielem ihre autoritative Bestätigung durch die Enzykliken *Rerum Novarum* und vor allem *Quadragesimo Anno*, die den Gedanken der Berufsständischen Ordnung zum Zielbild der katholischen Sozialaktivität erhebt.

Seid gehorsam

(Eph. 6, 1-9)

Bibelarbeit für die Arbeitstagung
der norddeutschen Aktionsgemeinschaften
in Loccum

Diese Schriftstelle ist Martin Luther so wichtig gewesen, daß er sie in den Kleinen Katechismus aufgenommen hat. Luther hat diese Stelle als Grundtenor seiner „Haustafel“ im 2. Anhang des Katechismus gewählt. Er schließt die Reihe von Sprüchen „für allerlei Stände, dadurch dieselbigen, als durch eigene Lektion, ihres Amtes und Dienstes zu vermahren“, mit dem gewichtigen Vers: „Ein jeder lerne sein Lektion, so wird es wohl im Hause stohn!“

I

Luther sagt: „Ein jeder“. Wer ist das? Das sind einmal die Kinder und Eltern, das andere Mal die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber, die Angestellten und ihre Chefs. Es gibt keinen unter uns, der nicht wenigstens zu einer dieser Gruppen gehört.

In diesem Schriftabschnitt trifft der Apostel eine Feststellung, an der für ihn wie für uns alles hängt. Die Kinder und Eltern, die Knechte und Herren, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind einander nicht selber überlassen, sie sind einander zugeordnet durch den Herrn. Seit Jesus Christus in die Welt gekommen ist, sind die Menschen nicht mehr sich selber überlassen. Gott ist überall dabei. Wir alle sind in seiner Hand aufgehoben. Das ist unsere Lage und daraus ergibt sich unser Verhalten zueinander.

Der Apostel ermahnt: Ihr Kinder, seid gehorsam! Das Grundverhalten der Kinder den Eltern gegenüber heißt: gehorsam sein. Paulus möchte diesen Gehorsam nicht erzwingen, er möchte, daß die Kinder das selber vom Glauben her erkennen. Der Gehorsam der Kinder ist mit dem 4. Gebot gegeben: „Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren!“ Mit diesem Gebot nimmt Gott Vater und Mutter heraus aus dem Kreis unserer Mitmenschen, die wir lieben sollen. Vater und Mutter befiehlt uns Gott zu ehren (siehe Luthers Erklärung zum 4. Gebot im Großen Katechismus). Das entspricht der einmaligen Stellung, die Vater und Mutter in unserem Leben einnehmen.

Worin besteht dies Ehren von Vater und Mutter? Im Alten Testament heißt es einmal: Ehre Vater und Mutter mit der Tat, mit dem Wort und mit der Geduld (Sirach 3, 9). Vom Alten Testament wird weiter deutlich, daß uns die Eltern gegeben sind, damit wir sie fragen können. Vater und Mutter ehren heißt auch, sich von Vater und Mutter etwas sagen lassen.

Hieß es bei den Kindern: Seid gehorsam, so gilt für die Väter das Gleiche (Vers 4). Sie sind ja nicht Herren ihrer Kinder. „Kinder sind eine Gabe des Herrn“ (Psalm 127, 3). Gott hat uns die Kinder geschenkt. Noch deutlicher wird dies von der Taufe her. Gott bekennt sich in der Taufe zu den Kindern um Christi willen als zu seinem Eigentum. So verstanden haben die Eltern einen Auftrag. Sie haben die Kinder dem zuzuführen, dem sie gehören. Die Väter sollen die Kinder aufziehen „in der Zucht und Vermahnung zum Herrn“.

Wir wollen in dieser Stunde doch erkennen, welch eine unerhörte Befreiung darin liegt, daß wir unsere Kinder nicht an uns selber, an unsere Ideale und Vorsätze, an unsere Weltanschauungen zu binden brauchen! Wir wollen sie dem zuführen, der allein „ein rechter Vater ist über alles, was da Kinder heißet“. In diesem Auftrag beruht unser Elternamt. In diesem Auftrag liegt aber auch das Elternrecht, das sie sich von niemand nehmen lassen dürfen.

II

Ist Eph. 6, 5—9 geeignet für eine Bibelarbeit mit Arbeitern? Muß das Wort „Knecht“ nicht in unsere heutigen Sozialverhältnisse übertragen werden? Was ist von dieser Bibelstelle selber her zu sagen? Auch das Verhältnis des Knechtes zum Herren steht wie bei den Kindern und Eltern unter der Mahnung: Seid gehorsam. Hinter dem Herren sollen die „Knechte“ den einen Herrn sehen: Christus. Sie sollen nicht blind gehorchen, sondern erkennen, daß es ohne eine gewisse Überordnung und Unterordnung in dieser Welt nicht geht, sonst landen wir im Chaos. Hier muß Luthers Lehre von den beiden Regimentern Gottes auf die Gegenwart angewendet werden. Wo kommen wir hin, wenn der Lehrling im Betrieb dem Altgesellen nicht mehr gehorchen wollte und der Altgeselle sich nicht mehr den Anordnungen des Meisters fügt? Die „Knechte“ (Arbeitnehmer und Angestellte) sind die Dienstverpflichteten Christi. Das macht sie frei von aller Augendienerei. Die Arbeiter klagen über diese Augendienerei heute besonders in jenen Betrieben, bei denen es eine wirtschaftliche Konjunktur gibt, wo man schnell etwas werden kann. Christen sollten ihre Arbeit sachlich tun „als dem Herrn“.

In Amerika gibt es in den großen Fabriken neuerdings ein Gerät, das in seiner Abkürzung ITV genannt wird, das Industrial Television. Das ist eine Fernseh-anlage für Fabriken und Büros. Mit diesem Fernsehapparat kann ein Arbeitsgang in sechs verschiedenen Blickwinkeln gleichzeitig erfaßt werden. Mit diesem Apparat werden Eisenbahnwaggons rangiert u. a. m. Aber nicht nur der Arbeitsgang, sondern auch der Angestellte, der Arbeiter kann von seinem Vorgesetzten dauernd auf einem Bildschirm beobachtet werden. Es kann sein, daß diese Einrichtung auch eines Tages zu uns nach Deutschland kommt. Wir warnen vor diesem Gerät in seiner Anwendung auf den Menschen. Gott läßt sich nicht durch einen Fernsehapparat ersetzen.

Wie aber steht es nun mit den Herren? Der Apostel ermahnt: „Ihr Herren tut auch dasselbe gegen die Knechte und lasset das Drohen.“ Den Herren wird gesagt: Tut dasselbe wie die Knechte. Das ist sehr viel. Wie die „Knechte“ in ihrem Beruf nicht nur einen Job sehen sollen, sondern einen Teil der göttlichen Ordnung, mit der Gott das Leben in dieser Welt erhält, so sollen die Herren auch hinter dem geringsten Arbeiter den einen Knecht Gottes sehen, der unser aller Diener geworden ist und keinen für zu gering geachtet hat, als daß er nicht bereit gewesen wäre, für ihn am Kreuz zu sterben. Auch die Unternehmer werden es einmal in der Ewigkeit zu verantworten haben, ob sie in dieser Welt Gott in rechter Weise gehorsam gewesen sind.

H. Kiausch

„Dank und Verpflichtung“

10 Jahre Evangelisches Hilfswerk

Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland beging mit Festlichkeiten vom 17. 10. bis 19. 10. den Tag seines zehnjährigen Bestehens. In einer diesem Anlaß gewidmeten Festschrift unter dem Titel „Dank und Verpflichtung“ werden die Aufgaben des Hilfswerks aufgezeigt und die Bemühungen gewürdigt. Wir empfehlen diese Schrift jedem unserer Leser wärmstens, weil sie letztlich ein Zeitdokument ist. Eine Dokumentation des aus der Not sich erhebenden Helferwillens, aus einem Volk des Elends und der Not ein Volk der Zuversicht zu machen. Das Zentralbüro des Hilfswerks hat als Beilage zu der Festschrift eine in ihrer nüchternen Aussage erschütternde Zusammenstellung herausgebracht, die von der Not und zugleich von der Freude der letzten zehn Jahre Zeugnis gibt. Wir wollen aus diesem Grunde statt eines grundsätzlichen Artikels den nüchternen Angaben dieses Arbeits- und Erfolgsaufrisses Raum geben. Mit der Veröffentlichung geben wir unseren Dank an die vielen ungezählten Mitarbeiter des Hilfswerks und zugleich unsere Zuversicht weiter, daß sich dieses große Werk auch in Zukunft zum Nutzen einer wahren Menschlichkeit auswirken möge.

Die Schriftleitung

1945

SIE waren in Not

Millionen von Menschen in Flüchtlingstrecks von Ost nach West unterwegs.

In Berlin entdeckt ein Pfarrer auf einem Oderkahn 300 dem Hungertod nahe Flüchtlingskinder.

Aus einem Flüchtlingstreck nach Brandenburg sterben während der sechswöchigen Wanderung 1400 Menschen von 2400.

In Görlitz kleben Zettel an den Bäumen: „Görlitz steht vor der Hungerkatastrophe, Flüchtlinge und Rückwanderer, zieht weiter! Hier droht der Hungertod.“

Tagesration im Herbst 1945: 35 g Brot, 7,5 g

IHR habt gespendet

Im Sommer erhielt der Hilfswerkleiter Dr. Gerstenmaier 20 000 Dollar als erste ökumenische Spende zum Ankauf des Allernötigsten.

Auf der Kirchenkonferenz in Treysa (27. bis 31. August) überbringt Dr. Michelfelder die Botschaft der amerikanischen Sektion des Lutherischen Weltbundes, in der es u. a. heißt: „Eure lutherischen Brüder in Amerika suchen nach den besten Mitteln, Euch zu helfen.“

In Lübeck treffen die Dampfer „Sage“, „Lena“ und „Gladen“ mit Kartoffeln, Roten Rüben, Weißkohl und Säuglingswäsche als erste

WIR konnten helfen

Auf der Kirchenkonferenz in Treysa wird das Hilfswerk der EKD gegründet. In allen Landeskirchen entstehen gliedkirchliche Hilfswerke mit Bezirksstellen. In den Gemeinden beginnt der Feldzug gegen die Not.

In den württembergischen Städten Kirchheim und Nürtingen ziehen Pfarrer und Gemeindeglieder von Haus zu Haus und sammeln Lebensmittel.

In Hessen bringt ein Pfarrer mit seinen „Kartoffelpredigten“ innerhalb von 7 Tagen 20 t Kartoffeln, 2,5 t Kohl, 5,5 t Karotten und 6 Kürbisse zusammen, die in Hilfswerkküchen der

**SIE
waren in Not**

Fleisch, 1/2 Pfund Kartoffeln.

**IHR
habt gespendet**

Liebesgabe der Ökumene ein.

**WIR
konnten helfen**

Großstädte gehen.

Advent: Der erste Kartoffelzug aus Württemberg trifft beim Hilfswerk in Berlin ein.

Im November nehmen an der Sitzung des Exekutivkomitees des Ökumenischen Rates Vertreter des Hilfswerks erstmalig als Partner an einer internationalen Konferenz teil.

1947

Die Kriegsgefangenen aus dem Westen sind fast alle heimgekehrt. Die ersten größeren Transporte von deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion treffen in Frankfurt (Oder) bzw. Friedland ein.

Eine Überschwemmung im Gebiet des Oderbruchs im März bedeutet für Tausende Obdachlosigkeit und Not.

Im Zuge der Demontage werden Munitionsanstalten und Rüstungswerke, die größtenteils als Notunterkünfte für Vertriebene dienen, von den Besatzungsmächten gesprengt.

In Lund wird vom Lutherischen Weltbund zum erstenmal der Begriff „Flüchtlinge in Europa“ auch auf die 12 Millionen Heimatvertriebenen in Deutschland ausgedehnt.

Bis 1947 sind an Spenden 19 000 t Lebensmittel, 4150 t Kleider und 700 t Medikamente und Sonstiges eingetroffen.

310 t Papier und 1617 t Zellulose zum Herstellen von Büchern und Zeitungen treffen als Spende ausländischer Kirchen beim Hilfswerk ein.

In den Heimkehrerheimen des HW finden über 10 000 heimatlose Rückkehrer Unterkunft und Erholung.

82 000 Weihnachtspakete gehen von HW-Stellen an Kriegsgefangene.

Nicht nur materielle Hilfe, sondern auch seelsorgerliche Betreuung von Internierten und Gefangenen und deren Angehörigen macht sich das HW zur Aufgabe.

Bis Ende des Jahres wurden über 4 Mill. Bibeln, Andachtsbücher, kirchl. Kalender u. ä. aus der Papierspende hergestellt bzw. als Gabe der Ökumene verteilt.

Auf Antrag des HW wird die Muna Espelkamp von der Sprengung ausgenommen und vom HW als gewerbliche Flüchtlingssiedlung ausgebaut.

1949

**SIE
waren in Not**

Westberlin wird blockiert. Die Zonengrenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands wird geschlossen.

Die angeblich letzten Heimkehrertransporte aus Rußland treffen in Friedland ein.

Die Bevölkerung ist nicht mehr durchweg notleidend. Um so krasser tritt die Not unter den sozial Schwachen in Erscheinung.

**IHR
habt gespendet**

Die internationale Flüchtlingskonferenz in Hamburg verkündet die kirchliche Verantwortlichkeit für alle Flüchtlinge. Damit sind im Raum der Kirche die deutschen Flüchtlinge mit den DP's gleichgestellt.

Die Kirchen Amerikas und zahlreiche andere ausländische Kirchen haben sich entschlossen, das Schwergewicht ihrer Arbeit auf das Flüchtlingsproblem zu legen.

**WIR
konnten helfen**

Trotz 5monatiger Transportsperre gelingt es, 40% der ausländischen Liebesgaben der Bevölkerung in Mitteldeutschland zuzuführen, darunter 70 000 kg Rohstoffe zur dortigen Verarbeitung.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland verabschiedet das „Gesetz zur vorläufigen Ordnung des Hilfswerks“.

Die Einkaufsabteilung des Zentralbüros wird in die Veredelungswirtschafts-GmbH. umgegliedert, die als unabhängige Gesellschaft ihren Reingewinn dem HW zuführt. Gesamtumsatz 1949: 11,3 Mill. DM.

1951

Die IRO stellt ihre Tätigkeit ein. Die Betreuung der heimatlosen Ausländer (DP's) geht an die Bundesrepublik über. 300 000 heimatlose Ausländer noch im Bundesgebiet, zum Teil noch in Lagern.

Der Strom der Flüchtlinge aus Mitteldeutschland hält mit 163 000 im Jahre 1951 weiter an.

Die Versorgungslage in Mitteldeutschland ist stark angespannt. Es fehlen besonders hochwertige Medikamente.

HW und Weltrat der Kirchen beraten in Stuttgart über gemeinsame Grundsätze zur Eingliederung heimatloser Ausländer.

Obwohl neue Not-Zonen in Palästina und Korea entstanden sind, kamen noch 5,8 Mill. kg ökumenische Liebesgaben nach Deutschland.

1950/1951 spenden ausländische Kirchen über 2 Milliarden Einheiten Penicillin, 12500 g Streptomycin und 1,4 Mill. Einheiten Insulin. Die

Zwischen den landeskirchlichen Hilfswerken in West und Ost werden Gemeinde-Patenschaften eingerichtet. Die Liebesgabenpakete bieten materielle Hilfe und unterstreichen das Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Kircheneigene Siedlungsträger bauen 1950/1951 8668 Wohnungseinheiten mit einem Bauvolumen von ca. 95 Mill. DM.

Bis 1951 können durch 50% Selbsthilfe (Bau der Fundamente) und 50% ökumenische Geldspen-

SIE
waren in Not

IHR
habt gespendet

WIR
konnten helfen

hochwertigen Medikamente gingen vornehmlich nach Mitteldeutschland.

Für den kirchl. Wiederaufbau wurden seit der Währungsreform über 32 Mill. DM vom Ausland gespendet.

den 49 Notkirchen, 38 Kirchenbaracken, 19 Gemeindezentren und 12 Diasporakapellen errichtet werden.

1953

Die Flucht aus Mitteldeutschland hält an. 1953 kamen 331 000 Flüchtlinge in die Bundesrepublik.

Die Versorgung in Mitteldeutschland bessert sich nach dem 17. Juni für die arbeitende Bevölkerung. Die Not der Alten und Arbeitsbehinderten bleibt unverändert.

Durch die steigenden Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik sind neue Gruppen bedürftiger Menschen aufgetreten. Insbesondere muß den Flüchtlingsstudenten geholfen werden.

In der Erkenntnis der neuen Notsituation in beiden Teilen Deutschlands vervierfachen sich die Auslandsspenden gegenüber dem Vorjahr auf 9,3 Mill. kg Liebesgaben.

Zur Unterstützung von 8686 Studenten in Deutschland haben ausländische Kirchen und Spendenorganisationen seit der Währungsreform (Juni 1948) insgesamt 1,37 Millionen DM aufgebracht.

Ca. 400 deutsche Theologiestudenten konnten seit 1947 auf Einladung ausländischer Kirchen kostenfrei für ein Jahr an ausländischen Universitäten studieren.

CROP, das amerikanische christliche Farmerprogramm, hat bis Ende 1953 18 Mill. kg Lebensmittel nach Deutschland gespendet.

Um die Flüchtlinge mit den für sie geschaffenen Gesetzen und Bestimmungen bekanntzumachen, werden vom Sonderreferat des Zentralbüros laufend Merkblätter für „aufgenommene“ und „abgelehnte“

Flüchtlinge herausgebracht und alle sie betreffenden Rechtsfragen in einem Leitfaden behandelt.

Als erste Stadt des kirchlichen Wiederaufbaus wird vom HW Dresden erklärt. Dafür sammeln deutsche Landeskirchen.

In 30 000 Exemplaren wird eine volkstümliche „Vertriebenenbibel“ zur Rechtsaufklärung der Vertriebenen verteilt.

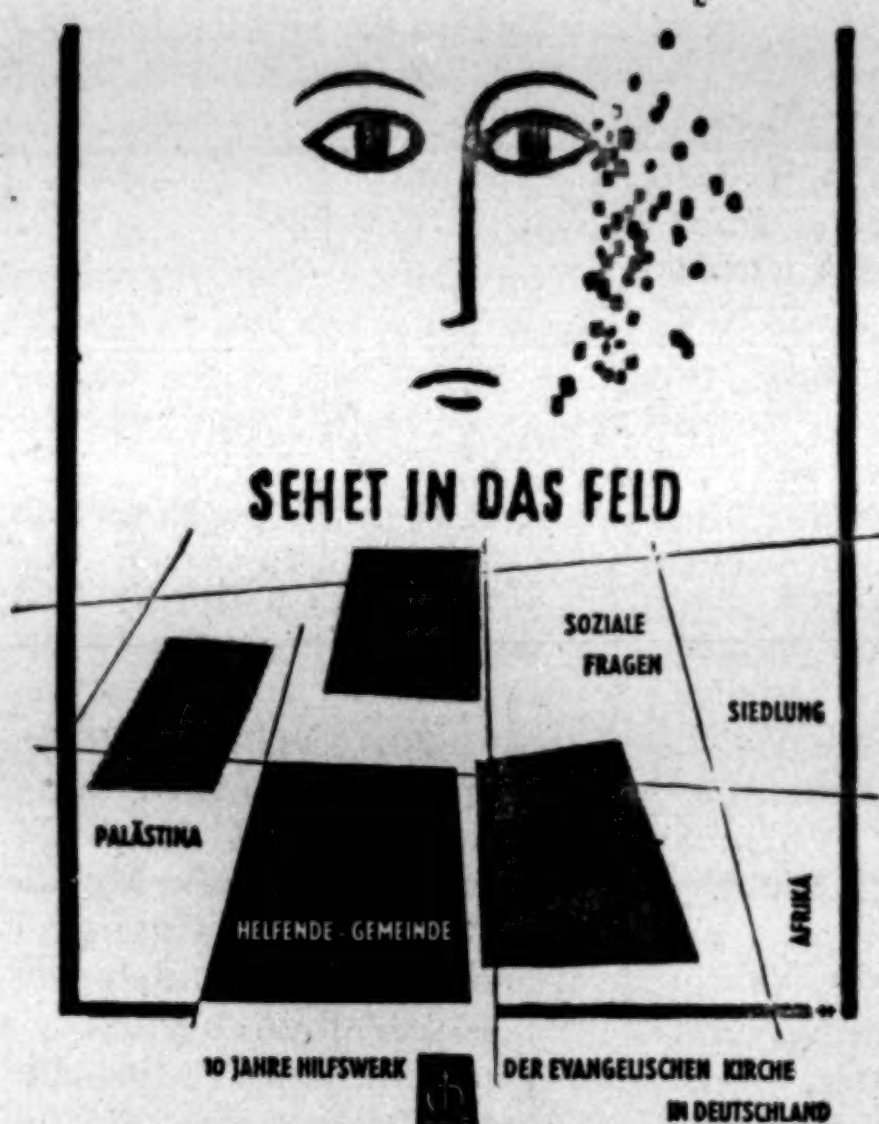
Die Evangelische Kirche in Deutschland spendet zum kirchlichen Wiederaufbau in Griechenland 66 000,- DM und hat sich mit Spenden an ausländische Kirchen bei Notständen beteiligt, so z. B. bei der Flutkatastrophe in Holland und zur Linderung der Not in Palästina.

1955

SIE
waren in Not

IHR
habt gespendet

WIR
konnten helfen



Plakat zur Zehn-Jahres-Feier
des Evangelischen Hilfswerks

In Westdeutschland leben noch über 100 000 Kinder in Flüchtlingslagern und Notunterkünften.

Die Zahl der Flüchtlinge aus Mitteldeutschland betrug für die ersten acht Monate des Jahres 145 000. Unter ihnen waren ca. 20 000 allein-stehende Jugendliche.

Zur Zeit leben noch ca. 225 000 heimatlose Ausländer in Deutschland, davon 53 725 in Lagern, Wohnheimen und Krankenhäusern. 60% sind katholisch, 25% orthodox und 15% evangelisch.

In Berlin arbeiten ausländische Pfarrer und Laienhelfer in fünf ökumenischen Flüchtlingszentren, in denen besonders jugendliche Flüchtlinge Entspannung vom Lagerleben finden.

Mehr als 1000 Kinder finden auch 1955 erholsame Ferienwochen in Freiplätzen in Holland, Dänemark und der Schweiz.

WCC und LWF halfen dem HW, die Auswanderung von 69 666 Bedürftigen und Flüchtlingen aus Deutschland nach Übersee durchzuführen.

Im Mai bekam der 2000ste deutsche Flüchtlingsbauer eine Kuh vom „Heifer - Komitee“ aus USA.

Die Zahl der Jugendgilden ist auf 60 angewachsen. Darüber hinaus hat das HW ein Netz regional eingesetzter Fürsorger aufgebaut, die sich bemühen, jedem alleinstehenden jungen Flüchtling in der neuen Umgebung zu helfen.

Im kirchlichen Wohnungsbau wurden bis zum 30. 6. 1955 insgesamt 19 744 Wohnungseinheiten hergestellt.

Nach Angaben der Deutschen Bundespost sind monatlich 2,7 Mill. Pakete von West nach Ost über die Zonengrenze gegangen, das sind 20% weniger als im Vorjahr.

179 ausländischen Studenten konnten bis zum Studienjahr 1955/56 je ein Jahr kostenfrei an deutschen Universitäten durch Vermittlung des HW in Zusammenarbeit mit dem Weltrat der Kirchen, den Evangelischen Landeskirchen und dem Bundesjugendplan studieren.

Zehri Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund

Unter der Parole „10 Jahre neue Deutsche Gewerkschaften — 10 Jahre Arbeit und Aufbau — 10 Jahre Erfolg und Aufstieg“ beging der Deutsche Gewerkschaftsbund am 23. 10. seinen 10. Geburtstag. Geboren aus den Schreckensjahren von 1933 bis 1945, aus der gemeinsamen inneren und äußeren Not ist der DGB in diesen vergangenen Jahren zu einem gewaltigen Machtfaktor innerhalb unserer jungen Bundesrepublik geworden. Zu einem Faktor des öffentlichen Lebens, der einmal gewaltige Kräfte unserer Gesellschaft zu einheitlicher Aktion bindet, der zum anderen trotz aller Schwächen und trotz aller in ihm hier und dort geisternden Fehlmeinungen und Strömungen nicht unerheblichen Anteil an der Gesundung des westlichen Teiles unseres Volkes hat. Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, ständig in der Haltung der Opposition, ständig in der Haltung des Fordernden zu stehen. Eine Aufgabe jedoch, der sich im letzten Grunde jede Gewerkschaft unterordnen muß. Wie leicht ist die Gefahr gegeben, daß aus solchen Grundprinzipien das Nur-Opponieren und das Nur-Fordern wird. Gerade in den letzten Jahren und vornehmlich in diesem Jahr 1955 haben Bewegungen eingesetzt, die den DGB an vielen Punkten zu einer ernsten Neubestimmung zwingen.

Die Haltung der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, die diese Zeitschrift trägt und die von dieser Zeitschrift erhebliche Impulse empfängt, ist in diesen Tagen noch einmal deutlich durch mannigfache Aktionen zum Ausdruck gebracht worden: Ja zum DGB, Ja zur Einheitsgewerkschaft. Ein Ja, das aus letztlich christlichen Motiven geboren wurde, ein Ja, das ein Ja der Mitarbeit und des Mittragenwollens ist.

Wenn, wie Georg Reuter das recht sauber auf der DGB-Pressekonferenz in Dortmund formuliert, Zahlen eigentlich auch nur ein unvollständiges und etwas künstliches Bild geleisteter Arbeit abgeben können, so sind sie doch oft der einzig greifbare Ausdruck des Erfolges. In nüchternen

Zahlen schwingt etwas mit von dem Willen, etwas zu erreichen, von Not, Sorge und Ehrlichkeit. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat anlässlich seines 10jährigen Bestehens eine kleine Schrift herausgebracht, in der er über die Arbeit der vergangenen 10 Jahre Zeugnis ablegt.

In den vergangenen Jahren wurden vom DGB 19 000 Tarifverträge für etwa 15 Millionen Beschäftigte abgeschlossen, in 865 000 Fällen und 520 000 Prozessen konnten im Wege des Vergleichs oder durch Urteil ca. 200 Millionen DM Lohn- und Gehaltssummen durchgesetzt werden, in 24 gewerkschaftseigenen Schulen wurden 1,3 Millionen Gewerkschaftsmitglieder ausgebildet, an Unterstützungen wurden bis Ende 1954 249 Millionen DM ausgezahlt, 8000 Vertrauensleute und ehrenamtlich tätige Gewerkschaftsmitglieder wurden in die Organe der Selbstverwaltung entsendet.

Gegenüber einem Tatbestand bedeuten diese Zahlen als nüchterne Wiedergabe des Umfangs der Arbeit jedoch herzlich wenig: Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist ein von allen Kräften des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens anerkannter Faktor geworden. Es soll hier keineswegs gelobhudelt werden, wo es um Selbstverständlichkeiten geht. Es ist jedoch bedeutsam, wenn der Schnelldienst des Deutschen Industrieministeriums kürzlich schrieb: „Die Gewerkschaften haben keine unwichtige Aufgabe . . .“ und: „Die Bedeutung der Gewerkschaften ist nicht nur vom Staat erkannt worden, auch die Arbeitgeber bedürfen dieses Partners“. Die Not der Situation und die Aufgaben, vor die sich der DGB gestellt weiß, kommen zum Ausdruck, wenn der Verfasser des zitierten Artikels im Schnelldienst fortfährt: „Niemand wird sich darüber wundern, daß die Gewerkschaften ein Programm von Forderungen aufstellen und daß diese Forderungen der Gegenseite gelegentlich auch unannehmbar erscheinen, aber es ist doch erstaunlich, daß in führenden Kreisen der Gewerkschaften immer wieder Äußerungen fallen, die

jedes Verständnis für die Gefahr vermissen lassen, die eine Radikalisierung der wirtschaftlichen Aktion und der Unterwanderung aus dem Osten darstellt“.

Die mit Sorge erfüllte Frage, ob der Deutsche Gewerkschaftsbund den radikalen Elementen, die noch immer nicht die Notwendigkeit erkannt haben, von den klassenkämpferischen Idealen zu echten Bemühungen um Partnerschaft zu kommen, entgegen träte, wurde erneut an Georg Reuter in Dortmund gestellt. Die Frage kam von einem Rundfunkvertreter und wurde später präzisiert in der Formulierung: Hat der DGB-Bundeskongreß in Frankfurt im vorigen Jahr das Aktionsprogramm oder die Thesen von Viktor Agartz beschlossen? Es wurde deutlich, daß hinter diesen Fragen nicht Sensationslüsternheit stand, sondern das echte Bemühen, um der Sauberkeit willen auf offene Fragen offene Antworten zu erhalten. Es war bekannt, daß die Agartzschen Thesen der expansiven Lohnpolitik und der überbetrieblichen Mitbestimmung in Frankfurt ohne Diskussion en bloc angenommen worden waren. Georg Reuter antwortete wörtlich: „Auch ich habe gegen die Auffassung von Agartz gewisse Einwände. Es wäre besser, die Dinge auf den Kongressen zu verhandeln. Dadurch würde die betrübliche Diskussion hinterher verschwinden“. Diese Worte Reuters sprechen eine deutliche Sprache. Der Bundesvorstand des DGB ist danach bemüht, Entscheidungen nicht „durchzupeitschen“ durch Kongresse und Versammlungen, sondern in der offenen Diskussion auszuhandeln.

Walter Freitag hat in seiner Rede in der Westfalenhalle sehr deutlich und klar ausgesprochen, welche Forderungen die Gewerkschaft nun von den anderen an sich gestellt sieht. So wie man als aufmerksamer Zuhörer eine große Aufgeschlossenheit in den Reden und Verlautbarungen konstatieren konnte, so deutlich spürbar wurde der Drang zu maßvoller Beurteilung. Freitag schien in Dortmund sehr stark von der Forderung beseelt zu sein, von der inneren Forderung, die Hand den anderen zu reichen, die nach wie vor mit Mißtrauen und Skepsis der Gewerkschaftsbewegung entgegentreten: „Wir sind bereit zur Rechenschaft“ und: „Die Einheitsgewerkschaft ist eine Verpflichtung zur Achtung des anderen. Es war

ehrlich gemeint, als wir uns unsere Ziele setzten“.

Die Aktionen des Komitees zur Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit haben in der Gewerkschaftsbewegung sichtbare Spuren gezeichnet. Nicht erst heute oder gestern sind sich die Männer, die verantwortlich im kirchlichen Leben vornehmlich der evangelischen Kirche stehen, und die Männer des Deutschen Gewerkschaftsbundes in gemeinsamen Auffassungen nähergekommen. Die ernstesten Sorgen, die die Männer der Kirche bewogen haben, hier und dort Einwände zu erheben und Vorschläge zu machen, sind in vielen Punkten die Sorgen der Gewerkschaftsführung geworden. Es geht nicht mehr um eine Einheit der Organisation, es geht nicht mehr nur um vereinzelte Gespräche hier und dort zwischen den Vertretern der verschiedenen weltanschaulichen Richtungen, es geht letzten Endes um soziale Partnerschaft im Aufeinanderhören und Miteinanderhandeln. Matthias Föcher können wir nur zustimmen, wenn er z. B. im Hinblick auf neue Richtungsgewerkschaften sagte: „Rivalisierende Gewerkschaften würden nur zum Schaden der Arbeitnehmer wie zum Verderb der Wirtschaft zu einer unsachlichen Radikalisierung und zum Entstehen jenes Fanatismus beitragen, den die Gewerkschaften immerhin bis jetzt erfolgreich hintan gehalten haben“. Das gilt nicht nur für rivalisierende Gewerkschaften, das gilt in gleichem Maße für die Einheitsgewerkschaft selber. Rivalisierende radikalistische und unradikalistische Gruppen würden den Deutschen Gewerkschaftsbund dem Verderb ausliefern. Und eben wohl deswegen sagte Föcher weiter: „Die christlich-soziale Ethik besitzt selbstverständlich in den Einheitsgewerkschaften ebenso Heimatrecht wie die sozialistische und andere Auffassungen von Gesellschaft und Staat“.

Dieses Moment der maßvollen Beurteilung war das Beruhigende in Dortmund. Ohne jeden Enthusiasmus kann man wohl offen aussprechen: Um der Erreichung echter sozialer Partnerschaft und echten Friedens willen sind alle Arbeitnehmer, und vor allem die tätigen Kräfte hier wie dort, aufgerufen, mitzuarbeiten und sich nicht abseits zu stellen.

Günther Windschild

Hintergründe und Fakten der Gewerkschaftsäuseinandersetzungen

Wie kam es zur Gründung der
»Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands«?

Die Reaktion auf das Bekanntwerden von Absichten der Bundestagsabgeordneten Winkelheide, Even und Voß vor einigen Wochen, neue christliche Gewerkschaften zu gründen, fand vor allem ihren Niederschlag in den Aktionen des „Komitees zur Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit“. Presse und Rundfunk haben mit Nachdruck auf die Bemühungen des Komitees hingewiesen und haben auch über seine Zielsetzung eingehend berichtet. Der Vollständigkeit des Bildes wegen soll hier nur noch kurz darauf verwiesen werden, daß sich nach der Kundgebung am 12. 10. in Stuttgart das Komitee für das Ruhrgebiet ergänzt hat und mit einer weiteren Kundgebung am 22. 10. in Essen vor die Öffentlichkeit trat.

In Stuttgart war von dem Komitee, das sich aus Mitarbeitern im Bereich der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen zusammensetzt, folgende Erklärung zur gegenwärtigen Situation der Öffentlichkeit übergeben worden:

„Seit 1945 ist es das Ziel der verantwortlichen Kräfte in der Arbeitnehmerschaft, eine Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, deren geistige Grundlagen, deren Politik und Führung die Zusammenarbeit aller aufbauenden Kräfte in einer einheitlichen Organisation ermöglichen. Diese aus der schweren Erfahrung der Jahre 1933 bis 1945 geborene Zielsetzung darf nicht leichtfertig aufgegeben werden. Heute noch vorhandene Schwierigkeiten müssen gemeinsam und energisch überwunden werden.“

Die Unterzeichner erklären ihr Interesse an der Weiterführung dieser Entwicklung und betrachten als vordringliche Aufgabe der Christen innerhalb der bestehenden Gewerkschaften:

1. Auf der Grundlage freundschaftlicher Zusammenarbeit der Konfessionen und des sich anbahnenden Vertrauens zwischen Arbeiterschaft und Kirche soll

die Mitarbeit der Christen an einer sauberen und sachlichen Vertretung der Arbeitnehmerbelange verstärkt werden. Die christliche Gedankenwelt kann nur dann in der Gewerkschaftsbewegung zur vollen Entfaltung kommen, wenn sich die Christen aller Konfessionen am gewerkschaftlichen Leben aktiv beteiligen.

2. Durch das Zusammenwirken mit allen demokratischen Kräften in der Arbeitnehmerschaft muß die Radikalisierung und der politische Mißbrauch der Gewerkschaften verhindert werden.

Darum halten die Unterzeichner das Wiederaufleben von Richtungsgewerkschaften für einen Akt der Ungeduld, der verhängnisvolle Auswirkungen haben muß“.

Diese Erklärung ist von vielen führenden Vertretern des kirchlichen Lebens unterzeichnet worden.

Von dem „Komitee zur Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit Bezirk Ruhrgebiet“ wurde auf der Essener Kundgebung eine Zusatzerklärung mit folgendem Wortlaut verlesen:

„Das ‚Komitee zur Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit Ruhrgebiet‘ wünscht auch weiterhin die Mitarbeit aller Christen in den bestehenden politischen und sozialpolitischen Gruppen. Wir lehnen christliche und auch andere Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften ab.“

Wir halten die Gegenüberstellung von „christlich“ und „sozialistisch“ für nicht mehr möglich, da-zumindest der evangelische Christ auch in sozialistisch bestimmten Gruppen und Parteien in Glaubenstreue Mitglied sein kann.

Das Komitee verfolgt ausschließlich den Zweck, die gewerkschaftliche Einheit zu wahren und weist den Anspruch der Bundestagsabgeordneten Winkelheide, Even und Voß, für ‚die‘ Christen zu sprechen, zurück.

Wir rufen die Arbeitnehmer in beiden christlichen Konfessionen, die noch nicht Gewerkschafter sind, auf, sich einer Gewerkschaft anzuschließen und diese verantwortlich mitzutragen“.

Anläßlich der Essener Kundgebung wurden weitere Namen von führenden Männern des kirchlichen Lebens verlesen, die sich inzwischen der Stuttgarter Grundsatzerklärung vom 12. 10. 1955 angeschlossen hatten.

Wie kam es nun zu der in der Öffentlichkeit heiß diskutierten Entwicklung und welche Stellung nimmt hierbei das „Komitee zur Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit“ ein?

Das Aktivwerden der Konfessionen im wirtschaftlichen und sozialen Raum, vor allem im Bereich der Arbeitnehmerschaft, mußte notwendigerweise die Frage aufwerfen, wie denn beim Einwirken solcher Gruppen in die Arbeitnehmervertretungen — also die Gewerkschaften — sich eine Zusammenarbeit trotz der verschiedenartigen Auffassungen bewerkstelligen und sichern ließe. Daß diese Fragen bereits 1949 vor der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Mittelpunkt der Diskussion standen, beweist die Tatsache der Gründung eines Siebener-Ausschusses, der sich aus Vertretern der alten Richtungsgewerkschaften zusammensetzte und der nun zur Schaffung einer Satzung und eines Programms der neuen einheitlichen Gewerkschaft zusammentrat. Der Ausschuß hatte in erster Linie alle im Zusammenhang mit der konfessionellen und parteipolitischen Neutralität auftauchenden Schwächen der alten Gewerkschaftssatzungen zu prüfen und zu beheben. In München ist 1949 auf dem Gründungskongreß des DGB dieser Siebener-Ausschuß leider nicht formal bestätigt worden, obwohl sich sein Wert erwiesen hatte. Die nach 1949 auftauchenden Probleme in Fragen vor allem der Neutralität in parteipolitischen und konfessionellen Belangen wurden vom damaligen 1. Vorsitzenden des DGB, *Hans Böckler*, in der Weise gelöst, daß er alte christliche Gewerkschafter, die nun im DGB aktiv tätig waren, konsultierte. Noch kurz vor seinem Tode hat er über solche Konsultationen im innergewerkschaftlichen Raum hinaus die unter der Bezeichnung „Konfessionsgespräche“ be-

kanntgewordenen Verhandlungen mit Vertretern der beiden christlichen Konfessionen begonnen. Diese Gespräche sind nach Böcklers Tod von seinem Nachfolger *Fette* und später auch von *Walter Freitag* fortgeführt worden.

Bereits nach dem ersten Gespräch dieser Art, an dem katholische Vertreter teilnahmen, wurde deutlich, daß einzelne Sprecher der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) einen weltanschaulichen Führungsanspruch der katholischen Seite im DGB wünschten. Insbesondere verkörperte der Präses der westdeutschen KAB, Prälat *Hermann Joseph Schmidt*, diese Haltung.

Bei dem letzten stattfindenden Konfessionsgespräch am 2. 6. 1953 in Hattingen trat diese Tendenz besonders stark hervor, so daß schon damals angenommen wurde, der Kreis um Prälat *Schmidt* würde die Begegnungen zwischen Gewerkschaftern und konfessionellen Vertretern in späteren Zusammenkünften, die mit dem Ziel der Bereinigung zutagetretender Spannungen anberaumt würden, nicht weiter unterstützen. Prälat *Schmidt* und die Bundestagsabgeordneten *Even* und *Winkelheide* zogen sich darauf von diesen Gesprächen zurück.

Die Kräfte, die eine baldige Gründung christlicher Gewerkschaften fest ins Auge gefaßt hatten, versuchten wenig später, die Bemühungen des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, *Karl Arnold*, und des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, *Jakob Kaiser*, das nach der Bundestagswahl von 1953 zugespitzte Verhältnis von CDU- und SPD-Anhängern innerhalb des DGB zu bereinigen, für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Nach einem Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes anläßlich der Bundestagswahl 1953 stellten katholische Kreise Forderungen auf besondere Berücksichtigung ihrer Belange in den Gewerkschaften, die zweifelsohne mit den Satzungen des DGB nicht vereinbar waren. Der Brief an den DGB, der am 16. 9. 1953 geschrieben wurde und die oben erwähnten Forderungen enthielt, war von Prälat *Schmidt* mitunterschrieben. Zurückschauend kann mit Sicherheit angenommen werden, daß der Kreis um den Prälaten bereits damals fest zur Gründung einer eigenen konfessionellen Richtungsgewerkschaft entschlossen war.

In den Monaten September und Oktober 1953 und Januar und Februar 1954 haben Vertreter des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (IBCG) die Bundesrepublik bereist, um die Mitglieder früherer christlicher Gewerkschaften in Deutschland — jetzt Funktionäre im DGB — für eine neue christliche Gewerkschaft oder zumindest für eine christliche Fraktion innerhalb des DGB zu erwärmen. Unter ihnen befanden sich der Generalsekretär des IBCG, *Vanistendael*, Herr *Braun* vom Vorstand der Christlichen Gewerkschaften Frankreichs und ein Herr *Heil* von der katholischen Gewerkschaftsrichtung in der Schweiz.

Die schon vor Jahren auf Initiative des Bundestagsabgeordneten *Winkelheide* ins Leben gerufene „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen“ (ACA) darf ohne Frage als das Instrument *Winkelheides* zur Vorbereitung christlicher Gewerkschaften in Deutschland angesehen werden. Unter dem Pseudonym „*Lesius*“ veröffentlichte der katholische Arbeitersekretär *Paul Jaeschke* (Diözese Münster) eine Schrift, die einen genauen Organisationsplan für christliche Gewerkschaften enthielt. Dies zu einer Zeit, da die „Betriebsaktion Rhein-Ruhr“ auf vollen Touren lief. Sozialsekretär *Gerhard Schlosser*, der als evangelisches Mitglied dem geschäftsführenden Vorstand der ACA angehörte, gab hierauf in einem Brief an *Winkelheide* am 14. 3. 1955 seine Befürchtungen über die weitere Linie der ACA Ausdruck, die sich immer mehr einer Stellung gegen den DGB zuneigte, und stellte daraufhin sein Amt in dieser Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung.

Der vom Evangelischen Arbeiterwerk der Männerarbeit der EKD ausgesprochene Verdacht, die „Betriebsaktion Rhein-Ruhr“ sei ein Stimmungsbarometer für die Chancen neuer christlicher Gewerkschaften, hat sich inzwischen zur festen Gewißheit verhärtet.

Die „Quelle“, Funktionsorgan des DGB, berichtete in ihrer März-Ausgabe dieses Jahres über verbindliche Absprachen, die zwischen den Bundestagsabgeordneten *Winkelheide*, *Even* und *Voß* mit Vertretern des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften stattgefunden haben mit dem Ziel, spätestens nach Ablauf eines Jahres neue christliche Ge-

werkschaften in Deutschland zu begründen. Durch Presseveröffentlichungen wurde inzwischen bekannt, daß der IBCG für diesen Zweck 1—2 Millionen DM zur Verfügung gestellt hat. Es ist außerdem bekannt, daß *Winkelheide*, *Even* und *Voß* Sekretäre mit Volkswagen ausgerüstet im Lande umherschickten, um Mitarbeiter und Mitglieder für die künftigen christlichen Gewerkschaften zu gewinnen. *Klaus von Bismarck* berichtete auf einer Pressekonferenz, daß ihn ein Bergmann angesprochen habe, der von KAB-Sekretären gewonnen werden sollte und dem man eine hohe Summe für seine Mitarbeit in Aussicht gestellt habe. Weitere und ähnliche Berichte sind uns verschiedentlich gegeben worden.

Diese Vorbereitungen wurden unter strengster Geheimhaltung auch gegenüber bewußten evangelischen und katholischen Gewerkschaftern vorangetrieben. Erst am Freitag, dem 14. 10., informierte *Johannes Even* in Essen Vertreter der katholischen Verbände und Sozialausschüsse darüber, daß die Gründung eines Ausschusses zur Vorbereitung christlicher Gewerkschaften bevorstehe. Informierte Kreise glauben, daß diese Zusammenkunft nur unter dem Gesichtspunkt einberufen wurde, nach außen das Gesicht zu wahren und nun, nachdem die Vorbereitungen abgeschlossen waren, in „brüderlicher Offenheit“ die Karten auf den Tisch zu legen. Uns ist zuverlässig bekannt, daß vornehmlich Vertreter von Sozialausschüssen und Kolpingsfamilien vor einer solchen Gründung gewarnt haben.

Ohne genaue Kenntnis der Einzelheiten, die zur Gründung des vorbereitenden Ausschusses für christliche Gewerkschaften führten und die erst hinterher offenbar wurden, konstituierte sich das „Komitee zur Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit“ und trat mit der eingangs zitierten Erklärung an die Öffentlichkeit, um damit den Standpunkt der zu einer Mitarbeit innerhalb des DGB auch weiterhin entschlossenen christlichen Arbeitnehmer deutlich zu machen.

In die eigentlichen Absichten eingeweihte katholische Kreise sind der Auffassung, daß die Gründer christlicher Gewerkschaften nicht nur wegen ihrer finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem IBCG in Zeitdruck stehen, sondern daß vor

allem die Bundestagsabgeordneten Winkelheide, Even und Voß bereits festgefügte Organisationen zur Verfügung haben wollen, wenn die nächsten Bundestagswahlen in zwei Jahren stattfinden. Es kann darüber hinaus mit Sicherheit angenommen werden, daß maßgebliche CDU-Kreise von solcher „Schützenhilfe“ wenig erbaut sind, daß sie vielmehr entschieden dafür einstehen, mit einer starken, einheitlichen, parteipolitisch und konfessionell unabhängigen und neutralen Gewerkschaftsbewegung zu kooperieren.

Die Evangelische Arbeiterbewegung (EAB), die sich in Teilen ihrem Vorstandsmitglied Heinrich Voß angeschlossen hat in den Bemühungen um eine christliche Gewerkschaft in Deutschland, ist im Frühjahr dieses Jahres in ihrer Gesamtheit aus der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen ausgetreten. Es ist keine Frage, daß dieser Austritt auf das Bestreben von Heinrich Voß und seinen Freunden zurückzuführen ist. Inzwischen ist jedoch vom Vorstand der EAB beschlossen worden, Heinrich Voß das Recht abzusprechen, „für die EAB“ Erklärungen abzugeben. Das ist ein deutliches Zeichen des Mißtrauens. Die Stimmen gegen Voß sind gerade jetzt, nachdem er in der neugegründeten „Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ (CGD) den Vorsitz der Geschäftsführung übernommen hat, nicht verstummt. Noch deutlicher ist an ihn die Frage gestellt worden, ob er sich als evangelischer Christ denn nun tatsächlich der Verantwortung gegenüber seinen evangelischen Glaubensbrüdern nicht bewußt sei. Durch seine Mitwirkung in der CGD habe Voß sich gegen die große Zahl derer gestellt, die als tätige evangelische Kräfte für Zusammenarbeit und sozialen Frieden eintreten. Die Verwirrung ist in der Tat groß: die evangelische Kirche erscheint unglaublich, wenn einzelne Kräfte wie Voß durch ihre Haltung alle evangelischen Bemühungen um Partnerschaft und Zusammenwirken in Frage stellen. Was Voß überhaupt dazu bewogen hat, eine leitende Funktion in einer Gewerkschaft einzunehmen, bleibt unerfindlich. Er ist seit 1932 evangelischer Diakon und seit 1947 Leiter des evangelischen Kinderheimes in Hamm/Westf.

Die Kundgebungen in Stuttgart und Essen haben gezeigt, daß der weitaus überwiegende Teil der christlichen Arbeitnehmer-schaft die Gefahren rivalisierender Richtungsgewerkschaften erkannt hat. Der DGB - Kreisausschußvorsitzende von Bielefeld, Walpert, mahnte im Hinblick auf die 18 Millionen Deutschen in Mitteldeutschland zur Geduld und Mitarbeit. In Stuttgart und Essen wurde Kritik am DGB geübt, die völlig offen und ehrlich war. Insbesondere ist ganz eindeutig, daß die christliche Seite das radikale klassenkämpferische Programm von Viktor Agartz — der ja inzwischen schon beurlaubt worden ist — vorbehaltlos ablehnt und dagegen eine konstruktive gesellschaftspolitische Linie, die am christlichen Sozialbild orientiert ist, fordert. Wenn auch auf Einzelfragen noch eingegangen werden muß, so ist hier doch schon zu sagen, daß ohne Frage der christliche Standpunkt künftighin klarer und nachdrücklicher vertreten werden muß. Trotz der bestehenden Unterschiedlichkeiten der Auffassungen aber sollte die Einheit gewahrt werden, um einer Zersplitterung entgegenzuarbeiten. Wenn Christen im DGB einen anderen Kurs anstrebten, sollten sie das innerhalb der Organisation und nicht von außen her tun.

Dieser Meinung sind nach wie vor die meisten christlichen Arbeitnehmer. Wenn nun trotzdem am 30. 10. in Essen die „Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ — deren Präsidium Johannes Even bekommen hat — ausgerufen wurde, so entspricht das nicht dem sozialethisch richtigen und theologisch begründeten Ansatz der Christen in der Gewerkschaftsarbeit, die sich in intensiven geistigen Bemühungen allgemein durchgesetzt hat.

Abschließend soll hier ein Wort Klaus von Bismarcks wiedergegeben werden, das wenige Tage vor der Gründung der CGD ausgesprochen wurde: Es ist keine Frage, daß die Evangelische Kirche auch in dem Falle, daß christliche Gewerkschaften gegründet werden, die evangelischen Glieder dieser Gewerkschaften nicht als „verlorene Schäflein“ betrachten würde, sondern daß ihnen wie allen anderen ohne Unterschied ihrer Haltung die Sorge und Liebe der Kirche gehöre.

Henry Lillich

Günther Windschild

Sozialpolitischer Zeitspiegel

Steuert der DGB den richtigen Kurs?

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat nach genau 10 Jahren seines Bestehens gegenwärtig die härteste Bewährungsprobe dieser vergangenen 10 Jahre zu bestehen. Nachdem auf dem Frankfurter Kongreß des DGB im vergangenen Jahre der Leiter des Wirtschafts-Wissenschaftlichen Instituts des DGB, Dr. Viktor Agartz — der kürzlich vom Bundesvorstand beurlaubt wurde —, die Grundlinien der künftigen Politik vorgezeichnet hatte, schien sich eine gefährliche Tendenz zum Radikalismus im Deutschen Gewerkschaftsbund Raum zu schaffen. Diese Entwicklung, die von vielen Verantwortlichen auf die Tätigkeit von Dr. Agartz und einige seiner Mitarbeiter zurückgeführt wurde, ist von vielen Seiten mit wachsender Besorgnis beobachtet worden. Die Diskussion spitzte sich zu, als die Bundestagsabgeordneten Winkelheide, Even und Voß mit dem seit langem gehegten Plan, neue Christliche Gewerkschaften zu gründen, an die Öffentlichkeit traten. Eine süddeutsche Zeitung berichtete am 20. 9. von einer Tagung der Sozialausschüsse, in denen sich christlich-demokratische Arbeitnehmer zusammengeschlossen haben, in Herne. Dort wurde ganz konkret die Frage gestellt, ob es nicht besser sei, die Einheitsgewerkschaft zu verlassen und Christliche Gewerkschaften zu gründen. Die in Herne anwesenden Delegierten beschlossen jedoch, trotz der offen zutage tretenden Schwierigkeiten im DGB weiter in ihm mitzuarbeiten. Diese Schwierigkeiten bestünden vor allem darin, daß der DGB das Bild einer sozialistisch gelenkten Gewerkschaft böte: von den 34 Mitgliedern des Gesamtvorstandes der Gewerkschaften seien 32 Sozialisten. Alle Vorsitzenden der einzelnen Industriegewerkschaften seien ebenso Sozialisten wie die Vorsitzenden sämtlicher Landesverbände. Darüber hinaus seien als erhebliche Hemmnisse das umstrittene Aktionsprogramm, die Schulforderungen der Lehrgewerkschaft und nicht zuletzt die Kompromißlosigkeit des „Chefideologen“ des DGB,

Agartz, der als Sendbote eines verhängnisvollen Kollektivismus bezeichnet wurde, zu nennen. In Herne gab es trotzdem keinen Appell zur Spaltung. Die nach der Bildung Christlicher Gewerkschaften auftretenden Rivalitäten würden das Ansehen der Gewerkschaften schlechthin ramponieren, außerdem würde ein kleinlicher Konkurrenzkampf mit unübersehbaren wirtschaftlichen, sozialpolitischen und nicht zuletzt staatspolitischen Folgen das Ergebnis sein.

Andere Kreise konnten sich zu diesem Entschluß nicht durchringen. Noch am 9. 10. erklärte der Verbandssekretär der KAB, Even, in Dortmund-Hörde, es sei ein Gebot der Stunde, daß sich die Christen in eigenen, starken, klar ausgerichteten gewerkschaftlichen Organisationen zusammenfinden müßten. Dagegen erklärten die Redner auf der ersten Kundgebung des „Komitees für die Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit“ am 12. 10. in Stuttgart, daß die Spaltung der Gewerkschaften die Spannungen nicht beseitigen würden. Vielmehr käme es nun darauf an, in den bestehenden Organisationen mitzuarbeiten und sich verantwortlich zu fühlen. Hans Zankel, der auf der Stuttgarter Kundgebung als Sprecher der christlich-sozialen Kollegenschaft sprach, bezeichnete die Spannungen zwischen der christlich-sozialen und sozialistischen Richtung als lebensbedrohend. Er forderte vom DGB die Erfüllung folgender Punkte: Erstens müßte in den Gewerkschaften mehr eine innergewerkschaftliche Demokratie gepflegt werden. Es müßte mehr Rücksicht genommen werden auf die Meinungen der weltanschaulich und parteipolitisch verschieden orientierten Gruppen, auch wenn die eine oder andere in der Minderheit sei. Zweitens sollten sich die Gewerkschaften dessen bewußt bleiben, daß sie sich in einer Ehe mehrerer Weltanschauungsgruppen befinden. Zankel sprach hiermit eine Forderung aus, die von der christlich-sozialen Kollegenschaft im DGB vor allem in den letzten Monaten wiederholt gestellt wurde.

Der DGB-Informationsdienst vom 14. 10. beschuldigte den Bundestagsabgeordneten Even, nicht aus weltanschaulichen Gründen am DGB Kritik geübt zu haben und noch zu üben, sondern aus parteipolitischen Erwägungen. Der Informationsdienst hatte in dieser Ausgabe davon berichtet, daß Even in einem Brief an die Präsidien der KAB Bundesminister Kaiser bezichtigt habe, für die „sozialistische Einheitsgewerkschaft“ einzutreten. Der DGB-Informationsdienst stellt dazu richtig, daß Jakob Kaiser eine solche Formulierung nicht gebraucht habe und auch nicht gebraucht haben könne, weil es eine „sozialistische“ Einheitsgewerkschaft in Deutschland nicht gebe. *Henry Lillich*, der Bundesgeschäftsführer der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, sagte auf der Kundgebung in Stuttgart: „Die auch von uns gesehenen Schwächen in der bisherigen Entwicklung und Haltung der Einheitsgewerkschaften werden nicht durch die Gründung einer neuen Organisation beseitigt. Wir wissen, daß es radikale Strömungen in der Arbeitnehmerschaft gibt, denen am Austritt der Christen aus den jetzigen Gewerkschaften nur gelegen ist.“ Mit besonderem Nachdruck wies Lillich jedoch darauf hin, daß sich durch manche neue Tendenz innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ein besseres Verständnis zwischen Kirche und sozialdemokratischer Arbeitnehmerschaft ergeben habe.

Die Befürworter christlicher Gewerkschaften zeigten sich nach den vorausgegangenen Ereignissen und den abgegebenen Erklärungen dennoch nicht zu einer weiteren Mitarbeit im DGB bereit. Am 15. 10. konstituierte sich der „Ausschuß zur Gründung der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ in Essen. Der stellvertretende Vorsitzende des DGB, *Matthias Föcher*, wandte sich am 16. 10. in Koblenz gegen die Bestrebungen, eine christliche Gewerkschaft ins Leben zu rufen und erklärte, nur wenn sie ihre politische und weltanschauliche Unabhängigkeit bewahre, sei eine Gewerkschaft stark und schlagkräftig.

Am 22. 10. übermittelte der Ausschuß zur Gründung christlicher Gewerkschaften dem DGB-Bundesvorstand ein Ultimatum, in dem gefordert wurde, bis zum 5. 11. Antwort darauf zu geben, ob der DGB der christlichen Arbeitnehmerschaft die

Bildung eines eigenen Gewerkschaftsverbandes innerhalb des DGB ermöglichen wolle. Zu dieser Forderung stellte das „Komitee zur Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit“ fest, daß es Verhandlungen auf Grund ultimativer Forderungen ablehne. Das Komitee verwies auf Unterredungen mit dem DGB-Vorsitzenden *Walter Freitag*, in deren Verlauf Freitag geäußert habe, daß der DGB mit allen in eine offene Diskussion eintreten wolle, die die Einheit der Gewerkschaften ehrlich bejahen. Am 30. 10., also 6 Tage vor Ablauf des Ultimatums, wurde nun überraschend die CGD proklamiert. Es muß sich nun erweisen, ob in dieser neuen Gewerkschaft das unterlassen wird, was man dem DGB vorgeworfen hatte: nämlich Bindung an parteipolitische und weltanschauliche Interessen. Die von vielen Seiten in ernsthafter Sorge vorgetragene Kritik am Deutschen Gewerkschaftsbund veranlaßten *Walter Freitag*, *Matthias Föcher* und auch *Georg Reuter* in Dortmund auf das ehrliche Bemühen des DGB, allen Kräften der verschiedenen weltanschaulichen Richtungen Raum zu geben, hinzuweisen. *Matthias Föcher* sagte in Dortmund: „Wir mögen verschiedener politischer Ansicht sein, wir mögen verschiedenen religiösen Bekenntnissen angehören. Stets müssen wir getragen sein von dem ernstesten und ehrlichsten Willen, Unvollkommenheiten zu überwinden, um die Gewerkschaften zur Heimat aller Arbeitnehmer auszubauen“.

Zustimmung des Vatikans zur Genfer Atomkonferenz

Wie die „Herder-Korrespondenz“ in ihrer Oktober-Ausgabe berichtet, hat der Leiter der vaticanischen Delegation in Genf, Prof. *Enrico Medi*, geäußert, ein Erfolg sei der Großzügigkeit in der Übermittlung der Forschungsergebnisse und der Überzeugung zu verdanken, daß auf diesem Gebiet jede Entdeckung allen Menschen gehört, die sie zum Guten verwenden wollen. Prof. Medi sagte dann wörtlich: „Freilich konnte der Rahmen der Konferenz das Problem nicht in seiner Gesamtheit umfassen. Es bleiben noch die Faktoren wirtschaftlicher und sozialer Art zu untersuchen, die eine gerechte Verteilung der neuen Reichtümer bewirken können, damit diese in erster Linie den Völkern und Regionen zugutekommen,

die materiell benachteiligt sind. Weiter sind Vorkehrungen zu treffen, damit die Umwälzungen, die sich aus der Entwicklung der Kernwissenschaft ergeben können, dem eigenen Rhythmus des Menschen gemäß bleiben und die Grundlagen seiner Würde nicht erschüttern.“

Hilfswerk und Innere Mission sollen zusammengeführt werden

Pfarrer Berg, der Leiter der Berliner Stelle des Zentralbüros des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland, kündigte in Berlin anlässlich der 10-Jahres-Feier das Hilfswerk an, daß voraussichtlich auf der gesamtdeutschen Synode im Herbst 1956 ein neues Kirchengesetz vorgelegt wird, das die engere Zusammenführung von Innerer Mission und Hilfswerk regeln soll. Einzelheiten über Form und Inhalt des Zusammenschlußgesetzes sind noch nicht bekanntgegeben worden. Die Mitteilungsblätter der beiden großen Werke der Evangelischen Kirche in Deutschland, Innere Mission und Hilfswerk, sind bereits vor Jahresfrist in der Zeitschrift „Das diakonische Werk“ zusammengelegt worden.

Bundessozialgericht:

Streik unterbricht Arbeitsverhältnis

Unter der Überschrift „Ein unmögliches Urteil des Bundessozialgerichts“ wendet sich die Zeitung der Industriegewerkschaft Metall in scharfen Formulierungen gegen das Urteil des 7. Senats des Bundessozialgerichts, das den Streik als eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses bezeichnet. Zu dieser Entscheidung war es gekommen, als eine Textilarbeiterin auf Zahlung der Arbeitslosenunterstützung klagte, und zwar für die Dauer von 45 Wochen. Die Textilarbeiterin begründete ihren Antrag damit, daß sie 205 Wochen ununterbrochen tätig gewesen sei und daher nach § 99 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Dauer von 45 Wochen Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen habe. Da die Arbeiterin jedoch 1953 an einem lokalen Streik in Nordhorn teilgenommen hat, erkannte das Bundessozialgericht ihre Forderung nicht an. Durch den Streik sei das Arbeitsverhältnis unterbrochen worden, Arbeitslosenunterstützung könne an

sie nur vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit nach dem Streik an gezahlt werden. Die Zeitung „Metall“ vertritt die Auffassung, daß durch dieses Urteil ein Beschluß des Großen Senats des Arbeitsgerichts vom 28. 1. 1955 übergangen worden sei. Der Große Senat hatte damals festgestellt: „... sind Streiks und Streikbeteiligung ausschließlich kollektivrechtliche Größen, so scheidet die Charakterisierung der Streikbeteiligung als Verletzung des Einzelarbeitsvertrages und damit als vertragswidrig und rechtswidrig dann aus, wenn der Streik als Kollektivakt rechtmäßig ist“. Die Zeitung „Metall“ befürchtet durch solche Rechtsprechung die Anbahnung einer weitgehenden Rechtsunsicherheit, da durch Rechtszersplitterung in dieser Form bald das Gegenteil von dem erreicht sein würde, was durch oberste gerichtliche Instanzen erreicht werden soll: nämlich das Recht einheitlich zu gestalten und zu festigen. Der Pressedienst der Deutschen Arbeitgeberverbände nimmt gleichfalls zu diesem Urteil Stellung und gibt vor allem die Beweggründe an, aus denen heraus das Bundessozialgericht gehandelt habe. Der 7. Senat des Bundessozialgerichts habe sich in der Begründung des Urteils auf den vom früheren Reichsversicherungsamt vertretenen Standpunkt gestellt, wonach eines der wesentlichsten Merkmale für den Fortbestand des versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses das ist, daß das Verfügungsrecht des Arbeitgebers und die Dienstbereitschaft des Arbeitnehmers fortwirken müsse. Das Reichsversicherungsamt habe, so wird festgestellt, bereits in einer Entscheidung des Jahres 1922 festgestellt, daß sich der Arbeitnehmer durch den Streik der Verfügungsgewalt des Arbeitgebers entziehe. Da das Beschäftigungsverhältnis die Verfügungsmacht des Arbeitgebers über den Arbeitnehmer voraussetze, erlösche mit ihrem Wegfall auch das Beschäftigungsverhältnis und damit die Pflichtversicherung.

Daß sich seit 1922 im sozialpolitischen und vor allem im arbeitsrechtlichen Raum gewaltige Verschiebungen ergeben haben, die sonst in der Arbeitsrechtssprechung in jedem Fall berücksichtigt werden, ist vom 7. Senat des Bundessozialgerichts anscheinend übersehen worden.

Schweden führt Sozialstudium für Pastoren ein

Die offizielle volksskirchliche Arbeitszentrale in Schweden, die „Diakonistyrrelse“, hat kürzlich einen Plan für ein Sozialstudium vorgelegt, der für einen Zeitraum von 5 Jahren vorgesehen ist und das Studium der Sozialethik, des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens, des Sozialismus und des Arbeitsmarktes umfaßt. Innerhalb der Studienkurse sollen auch die theologische Auffassung von Arbeit und Beruf und das Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit in psychologischer und sozialer Sicht behandelt werden. Für den ersten dieser geplanten Lehrgänge liegen bis jetzt bereits tausend Anmeldungen vor.

Konjunkturdebatte ist sachlicher geworden

Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hat sich im Verlauf der Gespräche über die gegenwärtige Lage in der Wirtschaft sehr erheblich den Preisen zugewandt. Der Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts untersucht daraufhin die Möglichkeiten für Preissenkungen durch Steuersenkungen und kommt zu dem Ergebnis, daß der Staat zweifelsohne die Möglichkeit besitzt, mit gutem Beispiel preismildernd voranzugehen. Wenn z. B. der große Steueranteil am Endpreis der Verbrauchsgüter, der von 30% (Tee) bis zu 57% (Durchschnittszigarette) hinaufreicht, verringert würde, wären Preissenkungen in gewissem Rahmen ohne weiteres zu tragen. Die Forderungen, die in dieser Angelegenheit an die Bundesregierung herangetragen wurden, veranlaßten Bundeskanzler *Adenauer*, Bundeswirtschaftsminister *Erhard*, Bundesfinanzminister *Schäffer* und den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, *Fritz Berg*, um Stellungnahmen zur gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage abzugeben. Bevor diese Erklärungen vorlagen, fanden noch weitere Gespräche über konjunktur- und preispolitische Fragen statt, die nach Presseverlautbarungen dahin geführt zu haben scheinen, daß das von Bundeswirtschaftsminister *Erhard* propagierte Programm der „Jedermann-Einfuhren“ vorerst zurückgestellt wurde. Vom Bundeswirtschaftsministerium ist offiziell hierzu nichts bekannt-

gegeben worden, es scheint sich jedoch die Einsicht durchgesetzt zu haben, daß die Preiserhöhungen, die man durch solche Kleinst einfuhren stoppen wollte, vor allem in Zweigen der Wirtschaft aufgetreten sind und weiter auftreten, die nicht durch solche Jedermann-Einfuhren beeindruckt werden können. Handelt es sich doch vornehmlich um Grundstoffindustrien, die Preiskonkurrenzen durch Kleinst einfuhren nicht zu fürchten haben. Die Rede des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, *Fritz Berg*, am 4. 10. vor dem Übersee-Club in Hamburg hat nun die Diskussion in eine neue Phase eintreten lassen. Die Rede *Bergs*, die 9 Thesen zur konjunkturpolitischen Lage enthielt (Verallgemeinerungen, in denen von riesigen Industriegewinnen und überhitzten Investitionen für die gesamte Industrie gesprochen werden, seien falsch / Gewinnlage der mittleren und kleinen Firmen sei angespannt, teilweise sogar ungünstig / Preisdisziplin in der Industrie, vor allem Konsumgüterindustrie, sei in den letzten Jahren vorzüglich gewesen / Weitere Lohnerhöhungen würden viele Firmen in ihrer angespannten Lage zu Preiserhöhungen zwingen. Erwägungen, Lohnerhöhungen durch Preissenkungen auffangen zu wollen, seien durch neue Lohnerhöhungen gegenstandslos geworden / Sicherung des Konsumgüterangebots nur durch Steigerung der Produktivität nach Rationalisierung und Investitionen möglich / Bundesregierung habe die Aufgabe, die öffentliche Hand zur Zurückhaltung in Bauinvestitionen zu veranlassen, da im Bauwesen starke Konjunkturüberhitzung festzustellen sei / „Wir könnten die Preisauftriebstendenzen in der augenblicklichen Situation beruhigen, wenn wir die Möglichkeit zu wirkungsvollen Marktabreden hätten“), fand ein außerordentlich starkes Echo im In- und Ausland. Der DGB-Informationsdienst wirft *Fritz Berg* vor, einen „Querschuß“ gegen die Bemühungen des Bundeswirtschaftsministers und der Gewerkschaften abgegeben zu haben, wenn er durch die Befürwortung eines Kartellgesetzes die gegenwärtigen industriellen Preise halten wolle. Es sei nicht die Zeit, meint der DGB-Informationsdienst, dauernd die Löhne für alles verantwortlich zu machen. Bundeswirtschaftsminister *Erhard* habe auf einer Pressekonfe-

renz erklärt, daß den Arbeitern gegeben werden kann, was des Arbeiters ist, ohne daß das Preisniveau an Stabilität verliere. Fritz Berg, so führt der DGB-Informationsdienst aus, habe in internen Kreisen erklärt, daß zahlreiche kleine Unternehmen von der Stahlindustrie abhängig seien, die außerordentlich gut verdiene. Es wäre den hohen Stahlpreisen zuzuschreiben, daß viele kleine Unternehmen Sorge hätten. Besser wäre es gewesen, wenn Berg diese Tatbestände auch in der Öffentlichkeit bekanntgegeben hätte. Der Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts nimmt in seiner Ausgabe vom 7. 10. hierzu noch einmal Stellung und erklärt, es sei unwahr, daß Unstimmigkeiten zwischen dem Bundeswirtschaftsminister und dem Bundesverband der Industrie in Fragen der Wirtschaftspolitik bestünden. Wenn Erhard auch nicht davor zurückgeschreckt sei, der Industrie innere Geschlossenheit abzusprechen und daher abzuleiten, die Industrie sei nicht bereit, zu kämpfen, sondern gewähre Lohnerhöhungen und wälze diese dann auf den Preis ab, so sei durch die Nachrichten über die von Bundeskanzler Adenauer bestellten Denkschriften doch eine Übereinstimmung Erhards mit der Industrie in vielen Punkten erkennbar. Bundeswirtschaftsminister Erhard erklärte nach der Berg-Rede: „Wenn in der deutschen Wirtschaft keine Vernunft einkehrt, dann werde ich grobes Geschütz auffahren. Dann beginnt das alte Spiel allgemeiner Kreditrestriktionen, und dann werden viele, wenn zum Teil auch unschuldig, fallen und stürzen müssen“.

Obwohl nach den Ausführungen des DGB-Informationsdienstes vom 6. 10. eine gewisse Übereinstimmung der Erhardschen und der gewerkschaftlichen Wirtschaftskonzeption festzustellen sei, schreibt das Organ der IG Druck und Papier: „Man sucht jetzt fieberhaft nach Verantwortlichen, die man im Falle eines Versagens der vielgerühmten ‚sozialen Marktwirtschaft‘, die in Wirklichkeit schon immer eine kapitalistische Marktwirtschaft war, als Sündenböcke anprangern kann. Nachdem es Bundeswirtschaftsminister Erhard bei den kürzlichen Besprechungen nicht gelungen ist, die Gewerkschaft vor den Karren seiner verfahrenen Preispolitik zu spannen, sollen sie jetzt die Schuldigen sein . . . Nach

dem Prinzip ‚Der Angriff ist die beste Verteidigung‘ will man die eigenen Fehler den Gewerkschaften in die Schuhe schieben.“

Zu einem vorläufigen Abschluß ist die Konjunkturdebatte durch die Behandlung des gesamten Komplexes durch den Bundestag in Berlin gekommen. Die Bundesregierung hat durch Professor Erhard in Berlin ein 11-Punkte-Programm vorgelegt, das der Stabilisierung von Wirtschaft und Währung dienen soll. In diesem Programm sind folgende wichtigen Sätze enthalten: Die Bundesregierung wird im Zusammenwirken mit der Bank deutscher Länder die Stabilität von Wirtschaft und Währung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gewährleisten / Sie unternimmt selbst und unterstützt alle Bemühungen, betrieblich mögliche Preissenkungen zu verwirklichen / Gleichzeitig erwartet die Bundesregierung von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern und deren Organisationen, daß sie Lohnbewegungen in einem vernünftigen gesamtwirtschaftlich vertretbaren Maße halten, das zu keiner Preissteigerung und keiner Gefährdung des Lebensstandards der sozial schwächsten Schichten führt / Die Bundesregierung wird ihrerseits bemüht sein, die staatlich gebundenen Preise und Tarife nicht zu erhöhen / Die Bundesregierung wird einen Beitrag zur Preissenkung in Form von Verbrauchersteuersenkungen leisten / Die Bundesregierung hat ein Programm vorbereitet, das eine 50prozentige Senkung aller Zölle bei den sächlichen Betriebsmitteln der Landwirtschaft, den Baumaterialien und Baubedarfsgütern zum Ziele hat / Aus finanz- und konjunkturpolitischen Gründen kann die Bundesregierung zur Zeit keine allgemeine Senkung der Einkommensteuer erwägen / Zur Entlastung des Baumarktes wird die Bundesregierung ihre eigenen Bauvorhaben erneut auf ihre Dringlichkeit prüfen / Bundestag und Bundesrat werden ersucht, den Regierungsentwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) beschleunigt zu verabschieden / Die Bundesregierung hat die Wiedereinführung einer Vorschrift gegen Preiserhöhungen in das Wirtschaftsstrafgesetz in Aussicht genommen.

In der Debatte, die auf die Regierungserklärung in Berlin folgte, gab Dr. Deist 4 Forderungen der SPD bekannt: 1. Dämpfung der Investitionsgüterproduktion. 2. Durch gezielte Maßnahmen — Freibeträge und Ermäßigungen für Kleinst-einkommensbezieher und Rentenerhöhung neue Nachfrage schaffen, um die ungenügende Beschäftigungslage im Verbrauchsgütersektor zu verbessern. 3. Eine aktive Preispolitik ist erforderlich, da der Preismechanismus der Wirtschaft nicht mehr funktioniert. 4. Für das Bundeswirtschaftsministerium werden Zollermächtigung, nachdrückliche Preisprüfung bei öffentlichen Aufträgen, Preistreibereiparagraph, Kartellgesetz und scharfe Auskunftspflichterteilung verlangt.

VW führt 40-Stunden-Woche ein

Das Volkswagenwerk wird bis Mitte 1947 die 40-Stunden-Woche voll eingeführt haben, erklärte Generaldirektor Nordhoff am 25. 10. in Wolfsburg. Für 80 Prozent der in Wechselschicht arbeitenden Beschäftigten wird die Arbeitszeit ab Frühjahr 1956 zunächst auf 42 Stunden wöchentlich verkürzt. Die anderen Belegschaftsmitglieder arbeiten von diesem Zeitpunkt an 45 $\frac{1}{4}$ Stunden wöchentlich. Ab Frühjahr 1956 wird im VW-Werk nur noch an jedem 4. bzw. 2. Sonnabend gearbeitet. Die Arbeitszeit wird bei vollem Lohnausgleich verkürzt.

Für diesen Sozialpolitischen Zeitspiegel wurde folgendes Material verwertet: Sozialpolitische Umschau, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; „Bulletin“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; Evangelischer Pressedienst (epd); „Herder-Korrespondenz“; Kurznachrichtendienst der Deutschen Arbeitgeberverbände (KND); Pressedienst der Deutschen Arbeitgeberverbände (PDA); Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts; DGB-Informationsdienst; DGB-Nachrichtendienst; Zeitung „Metall“ der Industriegewerkschaft Metall; Pressenachrichten der Industriegewerkschaft Metall; Spiegel der evangelischen Kirchenpresse, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; Pressestimmen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; Informationen der Evangelischen Sozialakademie (esi) und eigene Korrespondenzberichte.

Aus der Aktionsgemeinschaft

Vom 17. bis 19. 8. versammelten sich in der Evangelischen Akademie Loccum Vertreter aller norddeutschen Verbände der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen. Die Wichtigkeit dieser Arbeitstagung, die zum erstenmal die Landes-Aktionsgemeinschaften Norddeutschlands vereinigte, veranlaßt uns, der Berichterstattung einen wesentlichen Platz in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift zur Verfügung zu stellen.

Der Bundesgeschäftsführer der Aktionsgemeinschaft (Akfa), Henry Lillich, berichtete zur Eröffnung der Tagung über den gegenwärtigen Stand der Arbeit in der Bundesrepublik:

Die bisherige Arbeit hat gezeigt, daß eine Umorganisation nötig war. Nach Erweiterung des Bundesvorstandes der Akfa sind jetzt 3 Mitgliedergruppen gut in ihm vertreten:

1. die kirchlichen Werke und Verbände,
2. die Sozialsekretäre,
3. die Gruppe der Sachverständigen in sozialpolitischen Fragen.

Der Erfahrungsaustausch zum gegenseitigen Kennenlernen der Methoden wird dadurch erleichtert, daß der Geschäftsführer hauptamtlich angestellt wurde. Ausschüsse haben erste Ergebnisse ihrer Tätigkeit in verschiedenen Organen (z. B. Gewerkschaftliche Monatshefte) veröffentlicht. In der Kammer für soziale Ordnung ist die Akfa durch einige Mitglieder vertreten. Die Synode in Espelkamp hat innerkirchlich eine für die Arbeit der Akfa günstige Lage geschaffen. Bisher sind leider die Kontakte zum DGB mehr zufälliger und persönlicher Natur; ihre praktische Auswirkung bei Begegnungen zwischen Kirche und Gewerkschaft daher noch ungenügend. Mit den Schulungs- und Bildungskräften im DGB sollte mehr über die dem DGB gemäße

Schulungs- und Bildungsarbeit gesprochen werden. Die DAG ist in einer sträflichen Weise vernachlässigt worden, was dazu geführt hat, daß dort negative Verstellungen über die Arbeit der Akfa vorhanden sind. Ein offenes Gespräch hat da allerdings schon manches gebessert.

Das Schwierigste für die Akfa ist, die verschiedenen Ansätze in den Ländern und Werken zu einer beständigen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zu bringen. Die Eigengesetzlichkeit des eigenen Ansatzes schafft Reibungen und Mißverständnisse. Der Bundesvorstand hat sich keine bestimmten Aufgaben für den einzelnen Verband vorgenommen. Er behandelt nur sachliche Einzelfragen und gibt Anregungen zur Weiterarbeit, zum Beispiel: „Wie weit müssen wir Mißverständnisse ausräumen über die Wirksamkeit des Christen in der Massengesellschaft?“ Zum 1. Mai 1956 soll erstmalig eine Stellungnahme des Bundesvorstandes der Akfa zu diesem Feiertag der Arbeiterschaft herauskommen. Darin sollen Kirche und Gemeinde auf die Arbeit der Akfa aufmerksam gemacht werden.

Nach den Ausführungen Henry Lillichs wurden die Einzelberichte aus den norddeutschen Landeskirchen gegeben.

Lübeck

Das Jugend- und Sozialpfarramt wurde vor 2 Jahren mit dem Auftrag geschaffen, Kontakte zu Arbeitern herzustellen. Außerdem wurde ein Sozialausschuß gegründet. Erste Beziehungen zu DGB und DAG entstanden durch den Jugendkonvent über den Kreisjugendring. Auf Wochenendfreizeiten lud man mit Erfolg Jungfunktionäre ein. Zwischen den Vertretern des erwähnten Sozialausschusses und Vertretern des DGB ist durch die Lübek-

ker Sozialgespräche Vertrauen entstanden. Wöchentliche Zusammenkünfte mit den Vertretern der Verbände finden statt, um die Probleme zu fixieren, zu besprechen und Versuche zur Arbeitsausweitung zu beraten. Mit Arbeitern werden 5tägige Freizeiten durchgeführt. Besuche bei den Firmenleitungen fielen positiv aus; sie übernehmen die Kosten ihrer Teilnehmer. Eine Tagung mit dem Thema: „Mensch im Betrieb“ ist in Vorbereitung. Das allmähliche Schwinden der Bedenken in der Pfarrerschaft gegenüber dieser Arbeit gibt zur Hoffnung Anlaß.

Hamburg

Hier muß die Großstadtsituation berücksichtigt werden. Die Tätigkeit der Werke ist intensiv. Sie war in der Hauptsache Sozialarbeit ohne Caritas in den Betrieb hinein. Es gibt eine Menge Überschneidungen bei dieser Arbeit. Die Verbände „gaben sich die Klinken in die Hand“. Es entstand die Frage: „Wer repräsentiert die Kirche? Wer hat den Auftrag für diese Arbeit?“ Eine Aktionsgemeinschaft war darum unbedingt notwendig. Welche Konzeption sollte sie haben? Sollten die Aufgaben vom Betrieb oder vom kirchlichen Werk her angefaßt werden? Eine Übertragung des kirchlichen Schemas war nicht angebracht. 1952 wurde die Aktionsgemeinschaft für Sozialfragen begründet. In ihr sind die Werke und Verbände und die Evangelische Akademie zusammengefaßt. Sie wird von Mitarbeitern der kirchlichen Werke gebildet — Arbeitnehmer sind nicht vertreten. Es finden regelmäßige Zusammenkünfte für den Erfahrungsaustausch statt. Die Aktionsgemeinschaft für Sozialfragen hat ein eigenes Informationsblatt herausgegeben. Die Karteien aller Werke sind in einer Zentralkartei der Aktionsgemeinschaft zusammengefaßt, was sich als außerordentlich praktisch erwiesen hat. Seither ist es nicht mehr so, daß in einem Betrieb mehrere Werke arbeiten — eine größere Klarheit in dieser Beziehung hat die Arbeit in den Betrieben sehr verbessert. Die Aufgaben sind nach Struktur und natürlichem Trend auf folgende Werke verteilt:

Das Männerwerk macht Rüstzeiten und Pastorenbesuche, die Evangelische Akademie veranstaltet Tagungen für Unternehmer und Jugend,

das Frauenwerk kümmert sich um die Werksfürsorgerinnen, die weiblichen Betriebsangehörigen und Betriebsräte und das weibliche Jugendwerk ist unter den jungen weiblichen Arbeitskräften im Handwerk und Handel (Verkäuferinnen) tätig.

Schleswig-Holstein

Die Arbeiterarbeit dieser Landeskirche hat sich aus der Männerarbeit von selbst ergeben. Möglichkeiten der Arbeit werden mehr auf Wochenkursen, weniger auf Wochenenden gesehen. Da ohne das Wohlwollen der Gewerkschaften keine gute Beschickung der Kurse erreicht werden würde, sind nach dieser Richtung Kontakte gesucht worden, und es haben sich auch sehr gute Verbindungen auf der Funktionärsversammlung des DGB-Bereichs Nordmark ergeben. Es gibt keinen offiziellen Stop des DGB für seine Leute, die Arbeit der Akfa zu unterstützen; im Gegenteil: auf den Kursen sind immer Referenten aus den Gewerkschaften vertreten. Pastoren wurden als Hospitanten auf die DGB-Schulen eingeladen. Die Evangelische Akademie Schleswig-Holstein veranstaltet Kurse mit sozialem Charakter. Der Zusammenschluß der Werke zur Akfa erfolgte 1953. Sie sind darin betont lose zusammengefaßt. Die Arbeit der Akfa wird mehr als Koordinierung und Erfahrungsaustausch gesehen.

Hannover

Hier gehören zur Akfa sämtliche kirchlichen Werke, die Akademie (soweit ihre Arbeiter-Arbeit reicht) und ein Vertreter des Landeskirchenamtes. Die Arbeit geschah im Anfang sehr nebeneinanderlaufend. Die Tätigkeit des Männerwerkes (einschließlich Arbeiterwerk), des Jugendwerkes und der Akademie sind aber nun im wesentlichen koordiniert. Das Männerwerk hat bereits seine festen Kreise. In einigen Städten sind „Kirchliche Wochen“ veranstaltet worden. Dabei werden mit einem größeren Mitarbeiterstab, einschließlich der Referenten, Betriebsbesichtigungen und nach Möglichkeit anschließend Belegschaftsversammlungen durchgeführt. Es werden dann Vorträge und Aussprachen (Arbeitsgemeinschaften) in einem allen zugänglichen neutralen Raum gehalten. Es hat sich gezeigt, daß solche großen Veranstaltungen und große

Redner umsonst sind, wenn keine Nacharbeit erfolgt. Das ist dann Aufgabe der örtlichen Gruppen der Werke. Andere Kontaktmöglichkeiten bieten sich vornehmlich auf den Arbeiterkursen und den Tagungen der Akademie, auf den Tagungen des Arbeiterwerkes in dessen Sprengelheimen, auf den monatlichen Vortragsabenden und auf Wochenendfreizeiten für die Ortskreise. Die Ortskreise setzen sich aus Akademie-Kurs- und Tagungsteilnehmern der verschiedensten Betriebe in größeren Orten zusammen. Erstmals wurde eine Auslandsfahrt mit jungen Arbeitern nach Österreich durchgeführt. Für das nächste Jahr sind ebenfalls wieder Fahrten vorgesehen. — Eine gemeinsame Konzeption für die Akfa Hannover soll noch stärker als bisher erarbeitet und an die Gemeinden und Werke weitergegeben werden.

Oldenburg

In Oldenburg besteht noch keine Akfa. Zunächst besteht nur ein Sozialpfarramt. Kontakte zu Arbeitern sind nur über Pastoren und Gemeinden vorhanden. Die Verbindungen zu den Betrieben sind noch schlecht. Die auf dieser Tagung gewonnenen Erfahrungen werden bei der weiteren Arbeit gute Hilfe sein.

In der Aussprache über die Berichte wurde vor allem die Frage gestellt: Wie werden die Sozialsekretäre eingesetzt? An Beispielen aus den Landeskirchen wird hierüber berichtet.

Die Sozialsekretäre der Hannoverschen Landeskirche sind angestellt und besoldet vom Landesjugendpfarramt, vom Amt für Gemeindedienst und von der Akademie Loccum. Ihr Einsatz erfolgt auf den „Kirchlichen Wochen“ mit den Werken und der Akademie gemeinsam, bei Arbeiterkursen und Tagungen der Akademie und bei den Vortragsabenden und Wochenendfreizeiten für die Ortskreise.

In Württemberg sind die Sozialsekretäre grundsätzlich angestellt und besoldet von den Werken. Ihre übrigen Unkosten (Reisekosten usw.) werden von der Akfa getragen. Wöchentliche Arbeitsbesprechungen werden gemeinsam durchgeführt; einer weiß von der Arbeit des anderen, einer wirbt in seiner Arbeit für den anderen mit. Man kann arbeiten, ohne daß die einzelnen Werke ihren Geist aufgeben müssen.

Nach Referaten von Dr. Doehring, Loccum, Dr. Feller, Kiel und Gewerkschaftssekretär Geissler über das Verhältnis von Kirche und Arbeiterschaft im norddeutschen Raum fand eine gründliche Aussprache statt, aus der einige wichtige Punkte herausgegriffen werden sollen:

Die Kirche muß Vortrupp vor dem Wagen der Zeit sein. Keiner weiß, wohin es gehen soll. Wer eine Idee hat, dem läuft alles nach. Und wir haben doch etwas anzubieten!

*

Welche Tendenz bewegt uns? Christus will uns nicht in dieser Welt besser beheimaten, er ruft uns ins Reich seines himmlischen Vaters. Wenn wir den Frieden mit Gott finden dürfen, dann setzt die Frage ein: „Kann ich diesen Frieden mit ruhigem Gewissen haben?“ Ob unser Friede echt bleiben kann, wenn das Maß unserer Verantwortung nicht mehr voll gesehen wird? Es könnte sein, daß es ein Friedhofsfrieden mit Grabesruhe wird! Christus wird uns fragen: woran lag es, daß die anderen nicht zum Glauben gekommen sind? Die irdischen Dinge sollen durchaus als vorläufig gebrandmarkt werden, aber wir dürfen sie auch nicht laufen lassen.

*

Wenn wir die Struktur der Großstadt untersuchen, fällt ein ganz bestimmter Typ auf: der Arbeiter mit Schrebergarten. Er ist arbeitsam, hat eine Verbundenheit zum Garten, seine geistige Einstellung ist durch eine Naturfrömmigkeit und eine gewisse moralische Rechtfertigkeit (tue recht und scheue niemand) gekennzeichnet. Dieses Besitzkleinbürgertum macht in der Gemeinde viel zu schaffen.

*

Was ist Ortsgemeinde? Heute kommen doch Menschen zum Gottesdienst unabhängig davon, wo sie wohnen. Vorstufen vor dieser Form der Kirchengemeinde werden als Paragemeinden bezeichnet. Wir sollten den Gemeindebegriff mehr testamentlich sehen, als nach einer Rechtfertigung für die Ortsgemeinde suchen.

*

Ein großer Teil der Arbeiterschaft zieht nicht mehr mit, wenn es um soziale Dinge geht. Es ist nur ein kleiner Teil von Aktiven, der die Dinge auf seinem Rücken trägt. Hier können wir helfen. Wir

müssen die Menschen, die bereits Funktionen ausüben, ansprechen. Sie müssen für die gesellschaftlichen Aufgaben reif gemacht werden. Sie haben dazu ein geistiges und geistliches Rückgrat nötig. Viele können diese Aufgaben übernehmen; sie haben das Zeug dazu. Nur fehlt ihnen die Rückendeckung — sie stehen allein. Wir sind schon wieder nahe an 1933, weil unsere Kraft nicht ausgereicht hat, bestimmte Funktionen in der Gesellschaft zu übernehmen.

Wir haben immer geschrien: „Christen in die Verbände!“ Nun werden wir von den Verbänden nach den Christen gefragt. Können wir die offenen Funktionärstellen, die uns angeboten werden, besetzen?

Wir müssen uns allerdings dazu von engherzigen Vorurteilen freimachen: Wir meinen leider, daß dafür infrage kommende Menschen eine Kreuzung zwischen Heuß und Lilje sein, daß sie theologisch abgesichert sprechen können, daß sie in allen Bereichen des geistigen Lebens zu Hause sein und ausgezeichnete organisatorische Fähigkeiten haben müßten. Was wir brauchen, ist eine konkrete kirchliche Personalpolitik. Wir müssen uns junge Menschen merken, ihnen bei der Entwicklung ihrer sachlichen Qualifikationen helfen, sie in eine Spur setzen und mit ihnen immer wieder beraten, wenn sie vor wichtigen Entscheidungen stehen. Die katholische Kirche lenkt ihre Befähigten schon von der Schule ab systematisch.

Wir können die von uns Angesprochenen nur ermutigen, Verantwortung zu übernehmen — evangelische Funktionäre auszubilden, ist nicht unseres Amtes. Vor Machtpolitik kann nur gewarnt werden.

*

Die gesellschaftliche Formgebung ist derart im Fluß, daß die Frage nach dem christlichen Leitbild nicht einfach ist. Es ist aber sicher, daß diese Formgebung unter christlichen Gesichtspunkten geschehen sollte. Die Gewerkschaft hält Neuordnungsvorschläge nicht für ideal, sondern nur für besser als die bisherigen Lösungen.

In den Fragen der praktischen Gestaltung der sozialen Ordnung muß die Kirche be-

hutsam sein. Es ist nicht möglich, aus der Bibel etwas über die Form der diesseitigen Ordnungen abzulesen. Deshalb bemühen wir uns ja um die Laien, die das diesbezügliche Fachwissen haben.

Das Gesellschaftsbild ist zu keiner Zeit am Schreibtisch entstanden. — Es ist immer in der Begegnung von Personen gelebt worden.

Wenn es der Dienst der Kirche für die Gesellschaft ist, Leitbilder zu erarbeiten, dann müssen wir aus der Unverbindlichkeit der Gespräche herauskommen — wir müssen die Dinge verpflichtend machen. Wir dürfen nicht nur auf unseren Tagungen darüber reden und am Platz „blivt allet biem ollen“. Diejenigen, die am Sonntag unter der Kanzel sitzen, sind noch nicht alle Gemeinde — oft nur religiös interessierte Individualisten.

*

Lippe. Dem Landesausschuß für Arbeiterfragen, der kürzlich in Lemgo gebildet wurde, gehören unter Vorsitz von Männersekretär *Fritz Sann*, Heiden, die Herren *Simon Adam*, Lemgo / *Albrecht Böke*, Bad Salzuflen / *Wilhelm Bergmann*, Lemgo / *Fritz Hagemeister*, Lage / *Pastor Wilhelm Jürges*, Heiligenkirchen / *Fritz Levin-Schröder*, Hillentrup / *August Multhaupt*, Warmbeckerheide / *Wilhelm Nolte*, Vogtskamp / *Georg Kampmeier*, Lemgo / *Pastor Rudolf Saal*, Lemgo / *Dr. Erich Stuckel*, Detmold / *Reinhold Reichenbach*, Spork-Eichholz / *Paul Wilhelm Stuckmann*, Schötmar / *Pastor August Wehmeier*, Pivitsheide und Ingenieur *Weisbach*, Schötmar, an.

Die nächste Wochenendtagung für Arbeiter und Angestellte findet am 26. und 27. November 1955 in der Jugendherberge Lemgo statt. Sie steht unter dem Gesamthema: Die Kirche und die Welt der Arbeit (Unterthemen: Der Mensch im Kollektiv — Das Menschenbild der Bibel). Anmeldungen zu diesen Tagen werden bis zum 20. 11. 1955 an die Männerarbeit der Lippischen Landeskirche, Pivitsheide/Lippe, erbeten.

In die Lippische Landessynode wurde der Betriebsratsvorsitzende der Dörentruper Werke, *Fritz Levin-Schöder*, berufen.